# :antifaschistische nachrichten

Nr. 18

g 3336 29.8.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €


**Die Kette der Enthüllungen über V-Leute bei der NPD ist jetzt bei der neonazistischen Musikszene angekommen.**

Am 20. Juli nahm die Berliner Polizei bei der Verfolgung der Skinhead-Band „White Aryan Rebels“ (Weiße Arische Rebellen) den Vertriebschef der Band, den 27-jährigen Toni St., fest. Die „Weißen Arischen Rebellen“ rufen auf ihren CDs unter anderem zum Mord an dem Brandenburger Generalstaatsanwalt Rautenberg und an Manfred Biolek und Michel Friedmann auf. Kaum festgenommen, kam heraus, dass dieser Toni St. seit langem V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes ist. Nachdem sich Brandenburgs Innenminister Schönbohm und seine CDU-Freunde erst lauthals beschwerten über die Berliner Staatsanwaltschaft, die ihre wertvollen V-Leute auffliegen lasse, sind sie inzwischen merklich kleinlaut geworden. Immer mehr Enthüllungen kommen heraus. So soll der Brandenburger Verfassungsschutz seinem V-Mann kurz vor einer Polizeirazzia extra einen neuen Computer ausgehändigt haben, mit der Folge, dass der PC mit den Dateien über die kriminellen Vertriebsaktivitäten des V-Manns bei der Polizeirazzia nicht auffindbar war. Im Strafrecht nennt man so etwas Beihilfe zur Vertuschung von Straftaten. Nach anderen Berichten soll Toni St. sogar Gelder des Landesamtes Brandenburg für den Vertrieb der kriminellen Hetz-CDs genutzt haben. In der neuen Ausgabe des „Spiegel“ werden nun Telefonate geschildert, in denen sich der V-Mann bei seinem Brandenburger V-Mann Führer über seine ständige Observierung durch Berliner Beamte beklagt. Der V-Mann-Führer sichert ihm darin zu, sein „Chef“ (der Brandenburger VS-Landeschef Wegesin) werde dafür sorgen, dass das aufhöre.

Inzwischen ist noch ein neuer Skandal hinzugekommen. Der V-Mann Toni St. hatte nämlich am Rande auch zu tun mit der Skinhead-Band „Landser“. Die „Landser“ gehören zur internationalen Skinhead-Vereinigung „Hammerskins“.

**Aus dem Inhalt:**






Bildreportage Seite 8-9

# V-Leute und kein Ende

## Nach den V-Leuten in der NPD fliegen nun kriminelle V-Leute in Nazi-Musikbands auf

*Von Ulla Jelpke*

In ihrer CD „Ran an den Feind“ rufen sie u.a. dazu auf, Israel zu bombardieren, „Nigger“ aufzuhängen und zu erschießen sowie die Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag zu massakrieren – „Stürmt den Reichstag, räuchert sie aus, macht der Rattenbande den Garaus“ (zit. nach „Tagesspiegel“, 11.8.2002). Der Brandenburger V-Mann Toni St. soll, so die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, die seit zwei Jahren gegen die Band als „kriminelle Vereinigung (§129 StGB) ermittelt, bei der Produktion des Booklets zur CD „Ran an den Feind“ mitgewirkt haben.

Aber der Skandal ist größer. Denn der sächsische Anführer der „Hammerskins“, Mirko H., soll einer der Verantwortlichen für den Vertrieb der CDs dieser brutalen Nazi-Band gewesen sein. Dieser Mirko H., seit Dezember 2001 wegen anderer Straftaten in Haft, soll, so jetzt der „Spiegel“ und andere Zeitungsberichte, seit längerem ein gut bezahlter V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen sein. Bereits im Sommer 2001 war die Wohnung dieses Mirko H. im sächsischen Langburkersdorf von der Polizei gestürmt worden. Hesse führte dort die von ihm 1997 gegründete Firma H.A. Records (H.A. = Hass Atttacke, Hitler Adolf), seine Email-Adresse lautete auf den Namen des Hitler-Leibwächters Julius Schreck. Die Beamten fanden knapp 10.000 CDs, Laptops und Computer, eine halbautomatische Selbstladepistole, das Imitat eines Maschinengewehrs, einen Schlagring mit Adler und Hakenkreuz sowie mehrere hundert Patronen verschiedenen Kalibers.

Laut Ermittlungen der Polizei soll dieser Mirko H. die Produktion der CDs von „Landser“ persönlich organisiert und auch den Vertrieb abgewickelt haben. Am 21. Dezember 2001 verurteilte ihn das Gericht wegen Volksverhetzung mit Propagandamitteln verbotener verfassungswidriger Organisationen in drei Fällen, Aufforderungen zu Straftaten und verbotenem Waffenbesitz zu zwei Jahren Haft.

„Die Dienste haben offenbar über Jahre hinweg beste Informationen über die gefährlichsten Bands der radikalen Rechten zusammengetragen – ohne sie den Strafverfolgern zu melden“, berichtet der „Spiegel“ (12.8.2002) Sollte sich das bestätigen, so hätte das Bundesamt für Verfassungsschutz einen neuen Großskandal. Wenn Beamte dieser Behörde V-Leute zu Mord und Totschlag gegen die Bundesregierung und den Bundestag aufrufen lassen, dann ist mehr fällig als ein Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die Band und ihren Vertriebschef. Dann sind Schily und der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Fromm, direkt verantwortlich.

Die PDS, die FDP und die CDU/CSU haben nach Bekanntwerden der neuen Vorwürfe eine Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses verlangt. Noch mauert Innenminister Schily und seine Geheimdienste. Sie wollen über ihre V-Leute nur dem geheim tagenden „Parlamentarischen Kontrollgremium“ (PKG) des Bundestags, dem die PDS nicht angehört, Auskunft geben. Aber angesichts der immer weiter gehenden Vorwürfe dürften sie ihre Vertuschungslinie nicht mehr lange durchhalten können. Eine Konsequenz auch aus diesem neuen Skandal steht für mich schon lange fest: Das V-Leute Netz in der Nazi-Szene muss restlos aufgedeckt und dann abgeschaltet werden.

*Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion* ■

## 2264 rechtsextreme Straftaten bis Ende Juli

BERLIN. 2.264 rechtsextremistische Straftaten – das ist die erschreckende Bilanz brauner Gewalt in den sieben Monaten von Anfang Januar bis Ende Juli. 164 davon waren erneut Gewalttaten – vor allem gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. 157 Menschen wurden durch braune Schläger verletzt, zum Teil schwer.

Allein für Juli meldet die Bundesregierung 318 rechte Straftaten. 18 davon waren Gewalttaten, 17 Menschen wurden dabei verletzt. Seit März ist die Zahl der offiziell erfassten rechtsextremistischen Straftaten Monat für Monat angestiegen: von 188 im März über 263 im April auf 355 im Mai bis 398 im Juni.

Der geringe Rückgang im Juli ist kein Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil: Die Zahl der in den ersten sieben Monaten offiziell erfassten rechtsextremistischen Straftaten liegt um 50 Prozent höher als im gesamten Jahr 1999 und fast genauso hoch wie im Jahr 2000. Das zeigt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind immer noch weit verbreitet. Aufklärungsarbeit und Bündnisse gegen Rechts auf allen Ebenen sind weiterhin unverzichtbar. *PM Ulla Jelpke* ■

## Neonazis marschierten in Bottrop – Kirchhellen...

BOTTROP. Am Freitag, den 16.8.02 marschierten 25 Neonazis durch Bottrop-Kirchhellen, um ihrem „Führer - Stellvertreter“ Rudolf Hess zu gedenken...

Am Freitagabend gegen 22.00 Uhr tauchten wie aus dem Nichts ca. 25 teils vermummte Neonazis im Zentrum von Kirchhellen auf. Sie marschierten in Formation mit Fackeln, Schildern und Megaphon durch das Kirchhellener Zentrum, wo sich zu dieser Zeit noch jede Menge BürgerInnen aufhielten. Aber niemanden störte diese Aktion der Nazis. Es hatte den Anschein, als ob manche KirchhellenerInnen den Megaphondurchsagen der Nazis sogar noch interessiert zuhörten. Lediglich ein paar zufällig anwesende AntifaschistInnen versuchten durch lautstarke verbale Kritik, die Nazis nicht so einfach gewähren zu lassen. Darauf hin kam es zu Pöbeleien und die AntifaschistInnen wurden mehrmals fotografiert.

Nach fünf Minuten war der Spuk vorbei und die Neonazis stiegen in ihre Autos und zogen ab. Die Nummernschilder der PKW waren mit langen Aufklebern überklebt,auf denen „RUDOLF - HESS - STRASSE“ stand. In der Presse suchte man vergeblich nach diesem Vorfall. *Quelle: www.indymedia.de* ■

## Skinhead ersticht jungen Türken

SAARBRÜCKEN. Ein 25-jähriger Skinhead hat nach Angaben der Polizei bei einem Volksfest in der saarländischen Kleinstadt Sulzbach einen 19-jährigen Türken im Streit erstochen. Das Fest ist seit Jahren Anziehungspunkt für eine rechte gewaltbereite Szene. Angeblich fühlten sich zwei Skinheads durch den Türken Ahmed S. provoziert. Dieser soll eine Zigarettenkippe „weggeschnippst“ haben, die einem der beiden Skins auf den Kopf gefallen sein soll, vermerkt der Polizeibericht. Im Verlauf des Streits habe der andere mit einem „Klapp- oder Springmesser“ auf den Türken eingestochen. Der Mann starb am Samstagmorgen in einer Saarbrücker Klinik. Die beiden Skinheads, der Polizei aus der gewaltbereiten rechten Szene bekannt, flüchteten in die Wohnung des mutmaßlichen Messerstechers. Bei der Verhaftung habe der 25-Jährige versucht, auf die Polizeibeamten zu schießen, hieß es weiter. Allerdings sei seine Pistole nicht schussbereit gewesen. Die Männer wurden dem Haftrichter vorgeführt.

Das traditionelle Salzbrunnenfest in Sulzbach zieht das „polizeibekannte rechte Potenzial“ im Sulzbachtal an, wie ein Polizeiführer formulierte. Skinheads aus dem Sulzbachtal wurden in den zurückliegenden drei Jahren für Übergriffe auf ausländische Jugendliche, auf zwei afrikanische Studenten und in diesem Jahr für einen Angriff auf einen Infostand der PDS verantwortlich gemacht. *Quelle: FR 12.8.2002* ■

## Bundesgerichtshof entscheidet

KARLSRUHE. Auch selbst allgemein unbekannte Nazisymbole sind strafbar und dürfen in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden. Dies hat der Bundesgerichtshof (BGH) in einem am 19.8. veröffentlichten Beschluss entschieden. Nach den Worten des 3. Strafsenats liegt ein Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, das mit bis zu drei Jahren Haft geahndet wird, auch dann vor, wenn die Symbole keinen bestimmten Bekanntheitsgrad erlangt haben. Die Strafbarkeit war bisher zwischen mehreren Oberlandesgerichten streitig (Aktenzeichen: 3 StR 495/01 - Beschluss vom 31. Juli 2002).

Der BGH hob damit einen Freispruch des Landgerichts Berlin zu Gunsten eines Angeklagten auf, der auf dem linken Jackenärmel ein schwarzes Stoffdreieck mit Goldumrandung und dem Wort „Schlesien“ getragen hatte – dem Hitler-Jugend-Kennzeichen zum Verwechseln ähnlich. Die Berliner Richter waren der Auffassung, der Paragraf 86a Strafgesetzbuch setze voraus, dass auch der „Mann auf der Straße“ das Symbol einer verfassungswidrigen Organisation zuordne. Das Kammergericht Berlin legte daraufhin diese Frage dem BGH in Karlsruhe vor.

Der BGH hielt die Sichtweise des Landgerichts für zu eng. Der Gesetzgeber habe mit der Einführung von Paragraf 86a im Jahr 1994 den Zweck verfolgt, eine Wiederbelebung von verfassungswidrigen Organisationen und ihrer verfassungsfeindlichen Ziele zu verhindern. Auch wegen der Reaktionen im Ausland solle bereits der Anschein vermieden werden, in Deutschland würden verfassungsfeindliche Bestrebungen geduldet. Außerdem hätten solche Kennzeichen – neben der Werbung nach außen – ein „wichtige gruppeninterne Funktion als sichtbares Symbol geteilter Überzeugungen“, heißt es in dem Beschluss.

Nach den Worten der Karlsruher Richter gilt die Strafbarkeit auch für Kennzeichen, die geringfügig vom Original abweichen. Entscheidend sei, ob für den durchschnittlichen, nicht genau prüfenden Betrachter eine Verwechslungsgefahr bestehe. Der Gesetzgeber habe mit Paragraf 86a die Strafbarkeit ausweiten wollen, so dass auch solche Symbole erfasst seien, die deutlich an das Original erinnern. *Quelle: Handelsblatt 19.8.* ■

## Kein NPD-Auftritt auf dem Römerberg!

FRANKFURT. Die NPD will in Hessen eine Reihe von Wahlkampfkundgebungen mit ihrem Bundesvorsitzenden auf der Straße durchführen. Voigt soll vom 27. bis 30. August auf zentralen Plätzen in verschiedenen Städten auftreten (Motto: „Wir haben eine Zukunftsvision: Arbeit, Familie, Vaterland“). In Frankfurt ruft bis jetzt die Anti-Nazi-Koordination und der DGB zu Protesten auf. In einer ersten Erklärung heißt es:

„Die faschistische NPD plant eine Wahlkampftour durch Hessen. Am Mittwoch, 28. August 2002, 10 Uhr soll ihr Parteivorsitzender Udo Voigt auf dem Römerberg sprechen. Die Anti-Nazi-Koordination hält diese Ankündigung für eine unerhörte Zumutung, die wir nicht tatenlos hinnehmen.

Auf dem Frankfurter Römerberg wurde im Frühjahr 1933 eine Bücherverbrennung durchgeführt, an die noch heute ein Gedenkstein erinnert. „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“ (Heinrich Heine) – die alten Nazis haben es bewiesen, und die neuen Nazis beweisen es. Fast auf den Tag genau 10 Jahre nach dem faschistischen Brandanschlag in Rostock-Lichtenhagen wollen sie auf

dem Frankfurter Römerberg eine „Wahlkampfkundgebung“ durchführen.

Wir werden den 28. August, den Geburtstag Goethes, in dessen Sinn begehen: „Die Bestimmung des Menschen ist Tätigkeit!“ Zum 28. August werden wir deshalb an diesem Tag auf dem Römerberg Texte von Goethe und anderen namhaften Dichterinnen und Dichtern zu Gehör bringen. Dabei könnte es durchaus so lautstark zugehen, dass Udo Voigt seinen Plan eines Auftritts fallen lassen muss.




***Deshalb: Kommt am 28. August um 9 Uhr auf den Römerberg!*** ■

## Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

# Aufruf: Kein Nazi-Aufmarsch am 12. Oktober in München!

### Die Verbrechen der Wehrmacht dürfen nicht geleugnet werden!




Vom 8. Oktober bis 24. November 2002 wird im Münchner Stadtmuseum die überarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 44“ gezeigt. Wie schon am 1. März 1997 planen alte und neue Nazis einen Marsch durch München, der sich gegen diese Ausstellung richtet.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, erklären: Wir werden die Verhöhnung der Opfer der Nazidiktatur und die Wiederbelebung der Traditionen der Wehrmacht nicht zulassen. Die deutsche Wehrmacht war die „zweite Säule“ des NS-Staates. Ohne die Wehrmacht hätte es kein Auschwitz und nicht die 55 Millionen Toten des 2. Weltkriegs gegeben.

Der Skandal von 1997 darf sich nicht wiederholen, als über 5.000 Nazis unter Polizeischutz durch München marschierten. Nur die konsequente Haltung der 15.000 Münchnerinnen und Münchner, die damals stundenlang den Marienplatz besetzt hielten und schließlich die Nazis im Tal gestoppt haben, verhinderte, dass diese ihr Ziel erreichten. Auch weitere Versuche der NPD, in München aufzutreten sind an der Wachsamkeit und Präsenz der Münchner Bevölkerung gescheitert: So ihre Propagandaveranstaltung am 30. September 2000 auf dem Marienplatz und die geplante Großkundgebung am 25. November 2000 auf dem Maria-Hilf-Platz, die wegen der angekündigten Gegendemonstrationen kurzfristig von der NPD abgesagt wurde. Damit wurden klare Zeichen gesetzt: Öffentliche Auftritte von Nazis werden in München nicht geduldet!

**Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!**
**Wir werden auch den Nazi-Aufmarsch am 12.10. nicht hinnehmen!**
**Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, den Nazis kreativ und entschlossen entgegenzutreten. Wo immer die Nazis aufmarschieren – wir werden präsent sein. Stoppen wir gemeinsam den braunen Spuk.**

ErstunterzeichnerInnen (Stand: 1. August 2002)
Organisationen: · Ver.di Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts · Münchner Bündnis gegen Rassismus · AIDA e.V. – Antifaschistisches Archiv München · AnaRKomM (Anarchisten/Rätekommunisten München) · Antifa AKTIV Fürstenfeldbruck · antifaschistisch kämpfen München (akm) · AStA der Geschwister-Scholl-Universität München · AusländerInnenbeirat München · Bündnis 90/ Die Grünen Kreisverband München · Bündnis gegen Rassismus Markt Schwaben/ Poing · Deutscher Freidenkerverband Kreisverband München · DFG-VK Gruppe München · DKP Kreisverband München · Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei – DIDF München · Forum Kritische Psychologie e.V. · internationale sozialistische linke (isl) · Jugendverband REBELL/München · Lagergemeinschaft Dachau · Libertad! · MLPD Kreis München · Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit · PDS München · Revolutionär Sozialistischer Bund – RSB, IV. Internationale · Rosa Liste München · SDAJ-Gruppe München · Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Rosa Liste · Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH · ver.di-Jugend München · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) München
sowie eine Vielzahl von Einzelpersonen

## NPD-Demo in Freiburg

Freiburg. Im alten Gästebuch der Universität Freiburg sieht man die Gäste der Nazi-Zeit, dann wurden lediglich einige Seiten freigelassen und es geht weiter mit zum Teil den gleichen Gästen, die die Partei und den Anzug gewechselt haben. Einer dieser Gäste war Herr Maunz, der später zum Grundgesetz-Kommentator aufstieg und damit die Rechtssprechung dieser Republik prägte. Nach seinem Tod verkündete die DVU, Herr Maunz habe bis zuletzt für sie und die National-Zeitung gearbeitet.

Warum diese Sätze? Weil sich jetzt wieder, z.B. anlässlich der Anmeldung einer NPD-Demonstration für den 4.9. in Freiburg, das Wesen bundesdeutscher Rechtssprechung zeigt: Der Vergleich mit den Ereignissen in anderen Städten zeigt, dass ein Verbot einer NPD-Demo kaum Chancen vor den Gerichten hat. Die NPD-Anhänger haben das Demonstrationsrecht!

Was hier eigentlich kritisiert werden soll, ist, dass die Gerichte mit linken Demonstrationen oder denen von Ausländern wie z.B. den Kurden anders verfährt. Das Wesen bundesdeutscher Rechtssprechung erkennt den Linken Grundrechte wie das der Demonstrationsfreiheit, einfach ab mit dem Hinweis auf die vermeintliche Verfassungsfeindschaft.

Die erstaunte Freiburger Öffentlichkeit erfuhr, dass NPD-Leute wochenlang im Amt für Öffentliche Ordnung ein und aus gingen und dort Gespräche führten z.B. über die Demonstrationsroute. Wie handelte dieses Amt in der Vergangenheit gegenüber Linken? Der Amtsleiter, Herr Brugger, will sich nun in den vorzeitigen Ruhestand versetzen lassen – allerdings ohne ein Wort der Selbstkritik.

Was bleibt? Es ist Aufgabe der Gesellschaft, mit der NPD-Demonstration fertig zu werden – nicht zuletzt auf der Straße. Auf Initiative des DGB hat sich eine Aktionseinheit gebildet aus vielen Organisationen und Gruppen. Mehr als ein Monat ist Zeit, die Aktionen gegen die NPD-Demo vorzubereiten. *huf* ■

## Front National solidarisch mit militanten Neonazis

Paris. Der Front National solidarisiert sich auch weiterhin mit der militanten Neonazi-Sammlungsbewegung Unité radicale (UR, Einheit der Radikalen), die am 6. August durch ein Regierungsdekret verboten wurde. Jean-Marie Le Pen hatte öffentlich gegen das Verbot polemisiert (wir berichteten ausführlich in unserer letzten Ausgabe). Es handelt sich nicht um eine einmalige Initiative des Chefs des rechtsextremen Front National. In ihrer Ausgabe vom 15. August 02 widmet die FN-nahe Wochenzeitung ‚National Hebdo‘ (NH), die zu 40 Prozent im Besitz der neofaschistischen Partei steht, über die Hälfte ihrer Seite Zwei dem Thema „Auflösung von Unité radicale“, der Untertitel lautet: „Ein neuer Erfolg des ‚Antirassismus‘“. Darin wird heftige Kritik sowohl an der Verbotsverfügung gegen die militante Gruppierung, als auch jener gegen ihre Internet-Website geübt.

NH erinnert daran, dass die Auflösung von Unité radicale aufgrund des Gesetzes von 1936 erfolgte, das damals – an-

gesichts der europaweiten Konjunktur des Faschismus verschiedener Ausprägungen – gegen „antirepublikanische Kampfverbände“ angenommen worden war. Im Regierungsdekret vom 6. August 02 ausdrücklich zitiert wird jedoch eine Bestimmung, die durch das Antirassismus-Gesetz von 1972 (die Loi Pleven) neu in dieses Gesetz zum Organisationsverbot aus dem Jahre 1936 aufgenommen worden war. Diese Bestimmung richtet sich gegen Gruppierungen, die u.a. zum Hass, zur Diskriminierung oder zur Gewalt gegen durch Geburtsmerkmale definierte Menschengruppen aufstacheln. NH benutzt diesen Hinweis, um die Behauptung aufzustellen, die Verbotsverfügung gegen Unité Radicale habe in Wirklichkeit gar nichts mit dem Attentatsversuch des UR-Aktivisten Maxime Brunerie gegen Staatspräsident Jacques Chirac zu tun – sondern ziele darauf, missliebige politische Auffassungen zu unterdrücken.

NH im Originalton: „(...) dieses Verbot steht schlicht und einfach im Gegensatz zu den Prinzipien eines Rechtsstaats. Es handelt sich um ein anschauliches Beispiel für das totalitäre Abgleiten der Chirac’schen Fünften Republik, und es erfolgt natürlich im Namen des so genannten ‚Antirassismus‘, (einer) Waffe im Kampf gegen alle, die auf die eine oder andere Weise die Verteidigung der Nation predigen.“ Ferner heißt es: „Hier wird zum ersten Mal eine politische Bewegung verboten, weil sie die ‚préférence nationale‘ predigt.“ Diese „nationale Bevorzugung“ (gemeint ist: von gebürtigen Franzosen gegenüber Immigranten bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen) ist die FN-typische Chiffre, die erlauben soll, einen höflichen und positiv formulierten Begriff für Rassismus und Diskriminierung zu haben. Was immer man von den Ausdrucksweisen von UR halte, ist ferner zu lesen – die ja auch bisher den FN kritisiert habe (tatsächlich zogen die Neonazis ihm bis im Frühjahr 2002 den MNR von Bruno Mégret vor, der sich aber derzeit im rasanten Niedergang befindet) –, so zeige die Affäre doch eines: „den unerträglichen Charakter der Loi Pleven (siehe oben), welche die angeblich rassistischen Meinungen verurteilt, während die Stalinisten und Trotzkisten ungestraft die Apologie der blutigsten Ideologie der Geschichte betreiben dürfen.“

Zum Verbot der u.a. offen antisemitischen Website von UR gibt NH eine offizielle schriftliche Verlautbarung des Front National wieder. Darin heißt es im Namen der rechtsextremen Partei, es handele sich um eine „schwerwiegende Verletzung der Meinungsfreiheit“, und weiter: „Diese Website war bisher, trotz der Wachsamkeit der Berufs-Antirassisten und Verbreiter der ‚political correctness‘, nie Gegenstand von Klagen. Es gab also keinen objektiven Grund, sie zu verbieten.“ Ferner erklärt der Front National: „Wenn die Justiz sich zur Aufgabe machte, alle ‚verabscheuungswürdigen‘ Homepages zu verbieten“ – dieser Begriff fiel in der Verbotsanordnung – dann müsste sie ein spezielles Richterkorps dafür abstellen. Dies würde zahlreiche Webpages entdecken, die weitaus ‚verabscheuungswürdiger‘ sind als diese (der von UR, Anm.), vor allem im Bereich der Pornographie.“

Lasset die Jungs zu mir kommen – so ungefähr dürfte die Motivation der FN-Führungskader gegenüber den Radaufaschisten von UR lauten.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

## Sommeruniversität des FN findet doch statt

PARIS. Noch beim Erscheinen unserer letzten Ausgabe sah es so, als gäbe es im diesjährigen Spätsommer und Herbst nicht viel über die Aktivitäten des Front National zu berichten. Denn dessen Sommeruniversität schien ebenso ausfallen zu müssen, wie das alljährlich Ende September stattfindende BBR-Fest. Doch dabei ist es dann nicht geblieben.

Der Conseil d’Etat, das oberste französische Verwaltungsgericht, hob am 19. August die Verfügung des Kongresszentrums der Stadt Annecy auf, welches den Mietvertrag mit dem FN für die Tage vom 28. bis 30. August annulliert hatte. Diese Entscheidung, die darauf beruht, dass das Kongresszentrum ‚Imperial Palace’ nicht für politische Publikumsveranstaltungen mit Außenwirkung bestimmt sei, ist dem Conseil d’Etat zufolge „unter den gegebenen Bedingungen offensichtlich illegal“. Und dies aufgrund „der schwerwiegenden Beeinträchtigung des Grundrechts einer politischen Partei, eine Versammlung zu organisieren, welche diese Verweigerung (des Anmietens) hervorrief“.

Der MNR wird seinerseits seine Sommeruniverstität vom 29. bis 31. August 02 im südwestfranzösischen Périgord organisieren.

*BhS, Paris* ■

**RICHTIGSTELLUNG**

In der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift wurde Bruno Gollnisch als Nummer Zwei des Front National und „Generalsekretär“ des FN bezeichnet. Erstere Angabe ist richtig, doch die zweitere trifft nicht mehr zu. Gollnisch war zwar 1995 durch FN-Chef Jean-Marie Le Pen zum Generalsekretär ernannt worden, um das wachsende Gewicht des damaligen „Generalbeauftragten“ (délégué général) Bruno Mégret zu konterkarieren. Doch dabei ist es nicht geblieben. Mégret wurde zum Jahreswechsel 1998/99 bekanntlich geschasst und aus der Partei getrieben. Seinen Platz als Generalbeauftragter nahm daraufhin Carl Lang ein, der ebenfalls (wie dereinst Mégret) zu den wichtigsten Köpfen der sozialdemagogischen „Wende zum Sozialen“ in den frühen Neunzigern zählte. Doch im Laufe des Jahres 1999 tauschten Carl Lang und Bruno Gollnisch dann die Plätze, da sie die jeweiligen Aufgaben und Rollen des anderen ihren eigenen vorzogen. Deswegen ist Goll nisch heute Generalbeauftragter des FN, Carl Lang amtiert als Generalsekretär.

*BhS, Paris* ■




## NPD-Aufmarsch in Stolberg

STOLBERG. Für Samstag, den 24. August, hatten Neonazis zu einer Demonstration unter dem Motto „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ in Stolberg (bei Aachen) aufgerufen. Anmelder war Willibert Kunkel. Er wurde für die DVU in den Stolberger Stadtrat gewählt und konvertierte später zur NPD. Bei der Bundestagswahl tritt er als Direktkandidat der NPD im Wahlkreis Aachen-Land an.

Abgeschirmt von einem massiven Polizeiaufgebot demonstrierten am Samstag dann ca. 60 Neonazis, forderten „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ und die „Todesstrafe für Kinderschänder“. Sie skandierten Lobparolen auf den ehemaligen Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Auf der Abschlusskundgebung wurde die erste Strophe der Nationalhymne gesungen. Während des Aufzugs hatten die Neonazis zur Melodie eines Karnevalschlagers angestimmt: „Wir sind wieder einmarschiert“.

Gegen den NPD-Aufmarsch demonstrierten rund 80 AntifaschistInnen. Über 20 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen.

Der Ortsverband der SPD, der PDS-Kreisverband und linke Initiativen kritiserten Bürgermeister Siebertz für sein Stillschweigen und forderten eine klare Stellungnahme gegen den braunen Spuk in ihrer Stadt.

*Quelle: jW 26.8.02*
*Aktuelle Informationen aus der Region finden sich auf der Homepage der Antifa Düren (www.antifa-dueren.de)* ■

# Gewissenlos –

## eine Ausstellung über Menschenversuche im Konzentrationslager

**Noch bis zum 8. September ist im Wilhelm Fabry - Museum in Hilden bei Düsseldorf (Benrather Str. 32 a ) eine Ausstellung des Instituts für Geschichte der Medizin der Universität Erlangen - Nürnberg zu sehen, deren Besuch wertvolle Informationen vermittelt, zugleich aber auch Fragen aufwirft**

„Wie können Ärzte so was tun ?“ solche oder ähnliche Fragen drängen sich dem Betrachter auf, der sich intensiv durch die Ausstellung dem Thema nähert. „So hat mir ... das Dritte Reich auf ärztlichem Gebiete eine große Chance gegeben. Ich habe diese Chance genutzt“, wird einer der Ärzte zitiert. Es war Prof. Dr. med. Karl Gebhardt, der im Nürnberger Ärzte-Prozess 1947 diese Aussage machte. Er, der Leibarzt des SS-Führers Heinrich Himmler, der Leiter des ärztlichen Dienstes der Olympischen Spiele von 1936 und ab 1940 Präsident des DRK war, wurde dort zum Tode verurteilt. Er war einer der wenigen, die als Nutznießer des Faschismus, am Galgen endeten.

Andere – auch darüber informiert die Ausstellung – konnten, wie der KZ-Arzt Mengele sich ihrer gerechten Strafe durch Flucht nach Südamerika entziehen (hier wäre es sicherlich verdienstvoll gewesen, stärker jene Strukturen deutlich zu machen, die es diesem Mörder im Arztkittel ermöglichten, zu fliehen) oder wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, um weiter als Arzt zu praktizieren, wie im Falle der Herta Oberheuser, was jedoch auch zu Protesten der demokratischen Öffentlichkeit führte.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Versuche und Experimente in den KZs Auschwitz, Buchenwald, Dachau und Ravensbrück. Diese Versuche, deren ideologische und wissenschaftliche Hintergründe aufgezeigt werden, machen die breite Palette wissenschaftlicher, militärischer, ideologischer und wirtschaftlicher Interessen sichtbar. Beim Lesen der Informationstafeln und dem Betrachten der Exponate kommt eine ungefähre Vorstellung der furchtbaren Leiden der Opfer zum Tragen. Zugleich wird man mit jenen Tätern konfrontiert, die diese Versuche an denen ihnen ausgelieferten Menschen aus Ehrgeiz, Geltungssucht, Sadismus und Gewissenlosigkeit durchführten. Den Schluss der Ausstellung bildet die Zeit danach – allerdings fällt dieser Abschnitt mager aus. Biografien der Täter hätten deutlich gemacht, das viele dieser „Fachleute“ – die ja zum Teil schon frühzeitig und schon vor 1933 reaktionärem Gedankengut und der NSDAP verbunden waren – auch in der demokratischen Bundesrepublik geachtete Leute waren und einflussreiche Stellungen einnahmen.

Und noch eine weitere kritische Anmerkung: In der Ausstellung sind die Opfer nur als leidende Personen dargestellt. Kein Hinweis darauf, dass es in den KZs seitens der Häftlinge Versuche gab, auch hier dem faschistischen Terror zu widerstehen bzw. ihn zu mildern, das Los der Häftlinge zu erleichtern. Gerade am Beispiel von Ravensbrück hätte es sich angeboten, z.B. an Dr. Doris Maase zu erinnern, die als Häftling so handelte und nach der Befreiung vom Faschismus als KPD-Stadtverordnete und Ärztin in Düsseldorf wirkte und im Vorstand der Lagergemeinschaft Ravensbrück aktiv war.




Trotz dieser Anmerkungen lohnt ein Besuch der Ausstellung – nicht nur unter dem Aspekt der Aufarbeitung lange verschwiegener und verdrängter Geschichte - sondern auch angesichts aktueller Debatten um „Klonen“ und „Genmanipulation“, um die Haltung von Wissenschaftlern und Ärzten, den immer stärker werdenden Drang mächtiger ökonomischer Gruppen und ihrer ideologischen Vertreter zu folgen und „die Chance“ zu nutzen.

Angesichts der Ausstellung wird sich dem Betrachter vielleicht auch die Frage stellen: Welcher Zusammenhang besteht eigentlich zwischen der Ausstellung und dem Ort? Selbst mancher Hildener Bürger wird hierauf wohl kaum antworten können – auch das ein Beispiel lange verdrängter und verschwiegener Geschichte.

Als im September 1989 das Heimatmuseum – welches zu Ehren des in Hilden geborenen Arztes Wilhelm Fabry (1560 - 16314) nach ihm benannt - eröffnet wurde, hatten Antifaschisten ihre Position zum Museum deutlich gemacht. Am 5. Oktober hieß es im „Lokalanzeiger“: „Vor zwei Wochen wurde das Wilhelm Fabry-Museum und die dazugehörige Kornbrennerei eröffnet. Die HAI (Hildener Antifaschistische Initiative, M.D.) freut sich darüber und hofft, dass die in das Museum gesetzten Hoffnungen erfüllt werden. Leider sei es versäumt worden, darauf aufmerksam zu machen, dass die Angehörigen des verstorbenen ehemaligen jüdischen Besitzers der Kornbrennerei, Isidor Willner, in der Reichspogromnacht von Faschisten erschossen wurden. Der Mord an Eugenia und Ernst Willner geschah in der Benrather Str. 32, in unmittelbarer Nachbarschaft des heutigen Museums. Die HAI meinte, dass dieses Geschehen mit zur Geschichte Hildens und der Kornbrennerei gehört und nicht vergessen werden sollte. Deshalb hat sie am Eröffnungstag eine symbolische Gedenktafel am Ort des Geschehens angebracht. Durch Verteilen von Flugblättern wollte sie auf diesen Missstand hinweisen und forderte die Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus in Hilden.

Bis heute ist weder am Haus, noch am Museum und der dazugehörigen „Historischen Kornbrennerei“ ein Hinweis auf die Morde vom 9.11.1938 zu finden. Der Einwand von Hildener Bürgern, dass doch knapp 150 Meter vom Museum entfernt im Stadtpark neben der Stadthalle man doch durch einen Gedenkstein an die Nazi-Opfer erinnert, stimmt – geht aber fehl, Denn wer von den Besuchern des Museums weiß das schon?

Im Museum gibt es keinen Hinweis auf den Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus! Kein Hinweis auch im Werbeprospekt für die Ausstellung, wo auf der letzten Seite ein Stadtplanausschnitt viele kulturelle Stätten vermerkt, jedoch ebenfalls ohne Nennung des Gedenksteins (im Plan findet man dort die Parkmöglichkeit Stadthalle)! Auch in den Stadtplänen, die zum Hildener Stadtgebiet zu finden sind, fehlt jeglicher Hinweis auf den Stein (wie auch auf das Ehrengrab des ermordeten Antifaschisten Hermann Clemens und die Gräber von Zwangsarbeitern auf dem Hildener Hauptfriedhof)! Dabei hatte die Hildener Bürgermeisterin Dr. Ellen Wiederhold (CDU) bei der Einweihung des Gedenksteins am 8. November 1980 von einer bleibenden Mahnung gesprochen, die dieser gemeinsam mit der VVN-Bund der Antifaschisten errichtete Stein darstellen solle. Die Gedenktafel (von der VVN gestiftet) trägt die Inschrift: „Den gemordeten jüdischen Bürgern, den antifaschistischen Widerstandskämpfern, den wegen ihres Glaubens von 1933 bis 1945 Verfolgten zum Gedenken. Den Lebenden zur Mahnung. Stadt Hilden“.

*Manfred Demmer, Leverkusen* ■

**Wieder einmal sind in Frankreich Pläne im Gespräch, am Wahlsystem herumzuschrauben. Als Rechtfertigung und Begründung dienen u.a. die drohende Präsenz der extremen Rechten. Da das nächste „Superwahljahr" in Frankreich im Jahr 2004 ansteht – dann werden die Regionalparlamente, zahlreiche Bezirksparlamente, das Europäische Parlament sowie ein Teil der Senatoren (der Mitglieder des parlamentarischen „Oberhauses") neu gewählt – muss die Reform spätestens zu Anfang 2003 verabschiedet werden.**

# Manipulationen am Wahlsystem

## Ein Mittel gegen die rechtsextreme Gefahr?

Das geltende Gesetz verbietet eine Wahlrechtsreform in den letzten 12 Monaten vor dem Stattfinden eines landesweiten Urnengangs, um rein politisch-konjunkturell motivierte Manipulationen auszuschließen. Und genau danach riecht die ganze Operation auch. Freilich findet die Diskussion vor einem ernsten Hintergrund statt, nämlich den Möglichkeit der Neofaschisten, in solchen Wahlgängen Druck zu erzeugen und andere politische Parteien so zu Zugeständnissen zu erpressen.

Im Blickfeld steht dabei einerseits das Geschehen im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen. Seit Anfang der Neunziger Jahre hatte der Front National (FN) systematisch seine Kandidaten in der Stichwahl belassen, wo immer ihm dies möglich war. Das Wahlgesetz machte dafür bis jetzt zur Bedingung, dass ein Kandidat im ersten Wahlgang von mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten (nicht der tatsächlich abstimmenden Wähler) unterstützt worden sein muss. Durch systematische Aufrechterhaltung in den Stichwahlen versuchte der FN, das bisherige wahlpolitische System – bei dem normalerweise jeweils der best platzierte rechte und der best platzierte linke Bewerber im Rennen blieben – durcheinander zu bringen. Dadurch versuchte der FN, maximalen Druck auf die konservative Rechte zu entfalten. Denn wenn diese das Bündnis mit den Rechtsextremen verweigerte, drohte diese in vielen Wahlkreisen die Stichwahl zu verlieren, da das rechte Wählerpublikum sich so auf Konservative und FN-Kandidaten aufzuspalten drohte. (Bei den Parlamentswahlen 1997 hat dieser Mechanismus gut funktioniert, und wurde zu einer der wesentlichen Ursachen für die Niederlage der bürgerlichen Rechten. Bei der jüngsten Parlamentswahl im Juni 2002 hingegen hat er nur geringe Auswirkungen gezeitigt, da der FN dieses Mal nur in seltenen Fällen die Stichwahl erreichte.)

Andererseits dreht die neue Debatte sich um die Situation in den Regionalparlamenten. Der neofaschistische Front National hatte nach den letzten Regionalparlaments-Wahlen vom 15. März 1998 heftige politische Verwerfungen hervorgerufen, indem er es schaffte, ein (unerklärtes) Bündnis mit mehreren regionalen Baronen der Konservativen einzugehen. Zunächst fünf, später noch vier unter ihnen hatten die Stimmen der FN-Regionalparlamentarier akzeptiert, um sich ins Amt wählen zu lassen.

Drei von ihnen sind übrigens noch heute im Amt: Jacques Blanc in Montpellier, Jean-Pierre Soisson in Dijon und Charles Baur in Amiens. Hingegen ist Charles Millon, der am weitesten gegangen war und 1998 eine neue Rechtspartei – als Bindeglied zwischen Konservativen und FN – begründete, im Januar 1999 vom Regionalparlament in Lyon abgewählt worden. (Vgl. AN 02/1999) Seine Partei, die zunächst La Droite und später Droite Libérale et Chrétienne (Christliche und liberale Rechte) hieß, ist seitdem nicht über das Splitterparteien-Stadium hinausgewachsen. Lokal hingegen hat Millon sich einen gewissen Einfluss bewahren können, insbesondere erzielte er rund 23 Prozent der Stimmen anlässlich der Kommunalwahlen in Lyon im März 2001, zu denen er in Konkurrenz zur anderen, „offiziellen" konservativen Liste antrat.

**Die Pläne der neuen Rechtsregierung**

Wie die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro' am 19. August enthüllte, planen Premierminister Jean-Pierre Raffarin und sein Innenminister, der rechte Scharfmacher Nicolas Sarkozy, nunmehr eine Wahlrechtsreform, die diesen Problemen einen Riegel vorschieben soll. Und dabei offenkundig zuvörderst den konservativen Parteien Nutzen bringen soll. Aus den oben genannten Gründen müsste die Reform spätestens zu Beginn des Frühjahrs 2003 unter Dach und Fach sein.

Neben der Reform soll es zu einer Neueinteilung der Wahlkreise kommen, die mit dem derzeit geltenden Gesetz in Einklang stände. Das Wahlgesetz sieht nämlich vor, dass die Wahlkreise neu zugeschneidert werden können, wenn zwei Volkszählungen stattgefunden haben.

Die letzte Änderung der Wahlkreise geht auf das Jahr 1988 und den damaligen rechten Innenminister Charles Pasqua zurück. In den Jahren 1990 und 1999 haben landesweite Volkszählungen stattgefunden. Daher fordert das Gesetz die Exekutive im Prinzip zu einer Überprüfung der Wahlkreise auf, um eventuellen bevölkerungsmäßigen Verschiebungen Rechnung zu tragen, die zu demographischen Ungleichgewichten zwischen verschiedenen Wahlkreisen führten. Doch eine Neueinteilung der Wahlkreise, die noch dazu mit einer Änderung der elektoralen Spielregeln einhergeht, riecht allgemein nach Manipulation. Daher will man die Dinge, so verlautet aus dem Innenministerium, „behutsam" angehen.

Die demnach geplante Reform gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste betrifft die Regional-, der zweite die nationalen Parlaments-, und der dritte die Europaparlaments-Wahlen.

In Bezug auf die Wahl der Regionalparlamente soll die Reform, die bereits die sozialdemokratische Vorgängerregierung unter Lionel Jospin auf den Weg brachte, ausgebaut werden. Durch ein Gesetz vom 19. November 1998, das aber bisher noch nie Anwendung gefunden hat – seit diesem Datum haben bisher noch keine Regionalwahlen stattgefunden –, sollte damals die Bildung stabiler Mehrheiten in den Regionalparlamenten erleichtert werden. Unter anderem sollte die stimmenstärkste Liste einen Bonus von 25 Prozent der zu verteilenden Sitze reserviert bekommen, die übrigen 75 Prozent würden dann unter sämtlichen Listen (die stärkste selbst eingeschlossen) ihrem Stimmenanteil gemäss verteilt.

Daneben wurde ein zweiter Wahlgang eingeführt, während bis dahin die Regionalparlaments-Wahlen stets in nur einem Durchgang stattfanden, bei dem das Verhältniswahlrecht zur Geltung kam. Um die Auswirkungen des Verhältniswahlrechts abzumildern, wurde eine Hürde eingeführt, die nur mittlere oder größere politische Kräfte in den zweiten Wahlgang durchlassen sollte: 5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten (nicht der tatsächlichen Wähler, was bei niedriger Beteiligung einen bedeutenden Unterschied macht) sind erforderlich, um im zweiten Wahlgang zu bleiben. Und 3 Prozent, um mit einer anderen Liste zu fusionieren, wenn man nicht selbst im Rennen bleibt. Daneben sollte die regionale Exekutive aufgewertet werden, indem der Regionalpräsident künftig direkt gewählt werden soll (bisher wurden die Parlamentarier in den Départements gewählt, und diese bestimmten den Regionalpräsidenten). Letztere Neuerung wollen auch die Konservativen beibehalten.

Ändern will die konservative Regierung nun vor allem die Zahlen: Statt bisher 25 Prozent sollen nunmehr 30 Prozent der Sitze für die jeweils stärkste Liste (und das sind häufig konservative Regional-Listen) reserviert bleiben. Und die Hürde von 5 / 3 Prozent soll auf 7 / 5 Prozent angehoben werden. Schaden wird dies jedoch wahrscheinlich nicht so sehr dem Front National: Wenn dieser sein Niveau bei den Regionalparlamentswahlen 1998 beibehält (15 Prozent), dürfte er in der deutlichen Mehrzahl der Regionen die Hürde nehmen. Und falls er sein Niveau im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl 2002 (17 Prozent plus 2,3 Prozent für die Mégret-Partei) wiederholen sollte, dann profitiert er sogar vom Bonus für die stimmenstärkste Liste: Am 21. April dieses Jahres lag der Präsidentschaftskandidat Jean-Marie Le Pen in 9 von insgesamt 22 Regionen vor allen anderen Kandidaten. Behindern dürfte die Neuregelung hingegen vor allem kleine Parteien wie die Grünen, die KP, die radikale Linke – und auch die Konkurrenten der neuen Präsidentenpartei Chiracs, der UMP, innerhalb der Rechten. Denn auch die christdemokratisch-liberale UDF würde auf diesem Wege vielfach unter die Räder geraten.

Für die Wahl zur Nationalversammlung herrschen anderen Probleme, denn hier gilt nicht das Verhältnis-, sondern das Mehrheitswahlrecht. Dabei soll nunmehr die Möglichkeit der so genannten ‚triangulaires‘ (Dreiecks-Konstellationen, bestehend aus Linken, Rechten plus Neofaschisten) in den zweiten Wahlgängen ausgeräumt werden. Nur noch die beiden stimmenstärksten Kandidaten aus dem ersten Wahlgang sollen in die Stichwahl gehen. Das hatten zunächst der Minister für kommunale Angelegenheiten, Patrick Devidjian, und dann auch der einflussreiche konservative Politiker Alain Juppé – Mitte der 90er Jahre Premierminister, jetzt Parteichef der neuen Präsidentenpartei UMP – im Mai dieses Jahres angeregt, im Vorfeld der jüngsten Parlamentswahl. Es wäre für die konservative Rechte so lange von eindeutigem Vorteil, wie es ihr gelingt, die Neofaschisten deutlich auf Distanz zu halten, wie es ihr bei der diesjährigen Parlamentswahl gelungen ist (als viele FN-Wähler der konservativen Regierung und ihrer neuen, oft brachialen Law & Order-Rhetorik „eine Chance erteilen“ wollten). Doch das muss nicht immer so sein. Im Gespräch mit dem ‚Figaro’ (vom 22. August 02) erklärt etwa der FN-Generalbeauftragte Bruno Gollnisch: „In meinem Wahlkreis in Lyon bin ich auf dem zweiten Platz gelandet, und ich hätte es vorgezogen, allein dem (Anm.: stimmenstärksten) Kandidaten der Linken gegenüber zu stehen, als in eine Stichwahl zu dritt zu gehen. Eine Mehrheit der konservativen Wähler hätten wohl für mich gestimmt.“ Und der inner-rechte Dissident Philippe de Villiers (der den bürgerlichen Mehrheitsblock von innen heraus kritisiert, da er rechtsnationaler EU-Gegner ist) argumentiert im ‚Figaro‘-Interview vom gleichen Tag : „Haben diese brillanten Köpfe auch einmal an die Hypothese gedacht, in der die UMP, weil unpopulär geworden (Anm.: durch ihre Regierungspolitik), im ersten Wahlgang sowohl durch die Sozialisten als auch durch den Front National überholt wird?“

### Hintergründe der Handwerkelei am Wahlrecht

Für die Europaparlamentswahlen ist ebenfalls eine Neuregelung des Wahlsystems vorgesehen. Bei diesen Wahlen warf der Neofaschismus bisher keine besonderen Probleme bezüglich der Mehrheitsbildung auf, da die französischen Abgeordneten ohnehin als Teilgruppe unter einer weit größeren Anzahl von Parlamentariern sitzen. Und durch die EU-Osterweiterung wird sich das noch verstärken, da die Zahl der französischen Vertreter im EP nunmehr von knapp 100 auf, im nächsten EU-Parlament, 72 sinken wird.

*Fortsetzung S. 10*

## Aufruf: Kein Naziaufmarsch am 7. September in Wuppertal!

**10.00 Uhr Geschwister-Scholl-Platz Wuppertal Barmen**

Am 7. September wollen die NPD-Nazis um Maik Hilgert, Thorsten Craemer und Axel Hellmann zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg in Wuppertal aufmarschieren. Das ist der gleiche Personen- und Organisationskreis, der verantwortlich ist für den brutalen Naziüberfall auf TeilnehmerInnen einer Gedenkfeier am KZ-Mahnmal Kemna vor zwei Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist die Anmeldung einer Demo durch die NPD eine besondere Provokation, die wir mit vielen Menschen zurückweisen wollen.

Das Bündnis „Wuppertal stellt sich quer“ wird am 7. September vielfältige Gegenveranstaltungen und Demonstrationen durchführen.

Den Rücken stärken werden uns dabei Wuppertaler WiderstandskämpferInnen und Überlebende des Naziregimes. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Allianz gegen den Naziaufmarsch auf die Beine stellen. Gehen wir zusammen mit den Flüchtlingen auf die Straße, die für ein Bleiberecht kämpfen und die es satt sind, auf den Straßen angemacht und bedroht zu werden. Unterstützen wir die jüdische Kultusgemeinde, die sich fast allein gegen die jüngsten antisemitischen und antiisraelischen Ausfälle eines Herrn Möllemann wehrt.

Die NPD ist nur die organisierte extremistische Speerspitze einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der Antisemitismus und Rassismus wieder durch Spitzenpolitiker der „Mitte“ hoffähig gemacht werden. Die Entsolidarisierungsprozesse in der Gesellschaft, die Durchsetzung neoliberaler Gesellschaftsentwürfe und das propagierte Recht des Stärkeren, die zur Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, genauso wie zu Angriffen auf Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen führen, sind der Boden für das Erstarken faschistischer und rechtspopulistischer Bewegungen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit und lebenswürdige Verhältnisse auf der ganzen Welt ist dagegen unser Bezugspunkt auch in unseren Kampf gegen die organisierte Naziszene. Alle auf die Straße! Wuppertal stellt sich quer!

*Infos über AStA Bergische Universität GH Wuppertal, fon: 0202-24258-12 fax: 0202-24258-01, mobil: 0177-7853361, email: b.kietzmann@gmx.net, web: www.asta.uni-wuppertal.de* ■




**Rudolf-Hess-Aufmarsch mit internationaler Beteiligung**

**Martialisches Auftreten ...**

**Die Legende vom „Märtyrer des Friedens" Rudolf Hess wird weiter hochgehalten**




# 2500 Neonazis bei Hess-Demo in Wunsiedel

Rund 2500 Neonazis haben sich am Samstag, den 17. August im oberfränkischen Wunsiedel zu einer „Gedenkveranstaltung" zum 15. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess versammelt.

500 Antifaschisten protestierten mit einer Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch. Zu größeren Zusammenstößen kam es nicht. Die Polizei, die mit 1000 Beamten im Einsatz war, hatte die Stadt regelrecht in zwei Hälften aufgeteilt, um ein Aufeinandertreffen der Demonstrationen zu verhindern. Bei versuchen, kam es zu neun Festnahmen. In vorläufigen Gewahrsam genommen wurden – hauptsächlich wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole – auch 25 Neonazis. Dabei wurden unter anderem Gasdruckpistolen, Messer und Baseballschläger sichergestellt.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hatte die Veranstaltung am Freitag erlaubt und damit ein Verbot des Bayreuther Verwaltungsgerichts aufgehoben. Nach Ansicht der Richter musste bei der Kundgebung nicht von Straftaten ausgegangen werden. Auch die Gegendemonstration wurde zugelassen.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) zeigte sich am Sonnabend befriedigt über den Verlauf der Demonstrationen. Das Konzept der „Nulltoleranz" sei aufgegangen Er kritisierte die Gerichtsentscheidung. Sie zeige, dass die Gesetzeslage keine ausreichende Handhabe biete. Der Bund habe eine notwendige Änderung des Versammlungsrechts viel zu lange schleifen lassen. Dies werde man im Falle einer Regierungsübernahme ändern.

*Quelle: junge Welt, 19.8.2002* ■

**Auf der Kundgebung sprach auch Peter Gingold, Bundessprecher der VVN-BdA und Mitglied im Auschwitzkomitee. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede:**

„Der eigentliche Skandal, der so zum Himmel stinkt, ist nicht so sehr, dass es Neonazis gibt, sondern dass sie aufmarschieren dürfen, staatlich geschützt aufmarschieren dürfen, mit dem Segen des Obersten Verwaltungsgericht Bayern. Da frage ich mich, ob es nicht die falsche Adresse ist, gegen die wir demonstrieren. Ob nicht doch die richtigere Adresse das

Oberste Verwaltungsgericht wie überhaupt die Richter, die Richter des Bundesverfassungsgerichts, wären, auf Grund deren Entscheidung die Neonazis aufmarschieren können, nachdem die meisten Bürgermeister der Städte wie auch hier in Wunsiedel es verhindern wollen.

... Nach Artikel 139 sind Naziorganisationen und Verbreitung von nazistischem Gedankengut verboten. Demnach sind alle neofaschistischen Parteien, NPD, DVU, REP illegal. Faschismusverbot für alle ihre Organsiationen und Publikationen!

Auf die Verfassung sind sie doch vereidigt, all die Minister, die Richter, die Polizei, die sie (die Neonazis) zulassen, von der Polizei geschützt aufmarschieren lassen, sich sogar zur Wahl stellen lassen.

Ich erinnere mich an den sozialdemokratischen Frankfurter Polizeipräsident vor 1933, der mit dem gleichen Demokratieverständnis die SA aufmarschieren ließ, Jahre darauf war er von der gleichen SA im KZ ermordet worden.

Welch ein Demokratieverständnis!

Für eine Politik, die den Neonazis keine Betätigungsfreiheit gibt, die das Faschismusverbot achtet! Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Und Schluss mit einer Politik, die Nazis ermuntert und fördert, die ihnen Signale, Steilvorlagen liefert. ... Um Wahlstimmen geht es auf Kosten der Ärmsten, der Hilfsbedürftigsten. Welch ein Auftrieb für die Nazis! Wahr ist: Noch nie in der ganzen deutschen Geschichte hat je Einwanderung in unseremLand Not und Elend gebracht. Immer brachten Not und Elend Rüstung, Kriegspolitik und Krieg!

... Noch zu einem Argument, das den Neofaschismus in diesem Lande schlimm verniedlicht: Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus gibt es auch in anderen Ländern. Le Pen in Frankreich, Berlusconi in Italien, in Belgien, in England, in den USA, usw. Wohl wahr! Aber doch ein gewaltiger Unterschied, wenn es so etwas in diesem Land gibt. Denn hier riecht es nach Gas! Auschwitz gab es doch nicht irgendwann, vielleicht in der Steinzeit, oder irgendwo, vielleicht in Zentralafrika? Nein, hier in jüngster deutscher Geschichte gab es Auschwitz! Hier müsste es beim leisesten Anzeichen von Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus einen millionenstimmigen Aufschrei geben: Wir lassen es nicht mehr zu! Die Geschichte diktiert es!

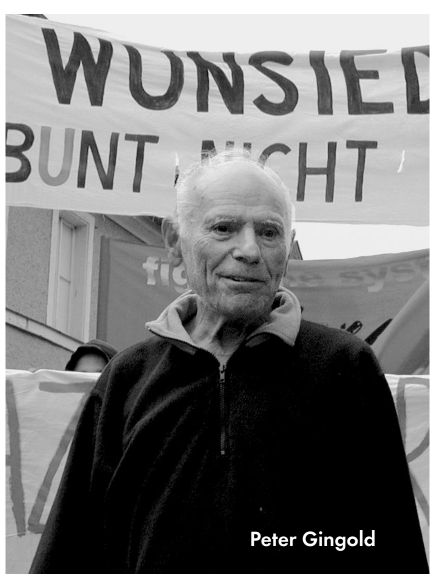
Darum, darum kann es nichts Wichtigeres geben, als nie mehr zuzulassen, was zu dem schändlichsten, schrecklichsten, blutigsten Kapital in deutscher Geschichte führte. Darum, darum den Neonazis in unserer Stadt und nirgendwo keinen Fußbreit Boden!

Bleiben wir höllisch wachsam!" ■



**Die Demonstration der AntifaschistInnen**



Peter Gingold

**Vielfältiger Protest der Bevölkerung...**


**Alle Fotos:** ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

*Fortsetzung von S. 7*

Die EP-Wahlen im Jahr 1984 hatten als Sprungbrett für den Front National gedient, da er aus diesem Anlass seinen ersten landesweiten Wahlerfolg mit 11 Prozent der Stimmen feiern konnte. Die üblicherweise niedrige Wahlbeteiligung erleichtert potenziell solche Erfolge. Allerdings ist die FN-Wählerschaft auch besonders EU-fern und dürfte daher zu diese m Typus von Wahlen eher schwerer zu mobilisieren sein.) Wenn die regierende Rechte auch in diesem Kontext am Wahlrecht herumdoktern will, dann offenkundig vor allem, um die größeren Parteien zu begünstigen.

Vorgesehen ist insbesondere, die bisher landesweit einheitliche Durchführung der EP-Wahlen (bei der das Verhältniswahlrecht gilt) aufzubrechen. Statt der landesweiten Auszählung der Stimmen soll künftig eine Reihe regionaler „Wahlkreise“ gebildet werden, von denen jeder „seine“ eigenen EP-Abgeordneten ins Europäische Parlament schicken wird. Bereits die Jospin-Regierung hatte vorgesehen, zu diesem Zweck acht „Superregionen“ als spezielle Wahlkreise zu bilden. Das Vorhaben war jedoch am Widerspruch der damaligen kleineren Koalitionspartner, KP und Grüne, gescheitert – denn es benachteiligt sichtbar die kleinen und mittleren Parteien. Die neue Rechtsregierung will nun einfach die bestehenden 22 französischen Regionen als „Wahlkreise“ für die EP-Wahlen heranziehen.

Das würde eindeutig dazu führen, dass die kleineren Parteien in einer Reihe von Fällen gar nicht mehr parlamentarisch vertreten wären. Denn bisher wurden die zu vergebenden, knapp 100 Sitze aus der Masse der landesweit abgegebenen Stimmen heraus verteilt: Jede Liste, die landesweit mindestens 5 Prozent der Stimmen erhielt, wurde aus diesem „Kuchen“ heraus bedient. Jetzt aber würde der Kuchen vorab in 22 kleinere Portionen aufgeteilt, bevor die Stimmenauszählung beginnt. Das bedeutet, das eine oder zwei stimmenstarke Listen bedient würden, die übrigen politischen Kräfte aber jeweils leer ausgehen müssten. Lediglich im Großraum Paris, der in diesem Modell 11 Euro-Parlamentarier stellen würde, könnte eine anteilsgemäße Vertretung aller politischen Kräfte, die über 5 Prozent der Stimmen erhielten, annähernd garantieren. Doch legt man die jetzige Einteilung der Regionen als Wahlkreis-Konfiguration zugrunde, dann würden zwei Wahlregionen jeweils nur einen EP-Abgeordneten stellen. Sechs weitere französische Regionen würden jeweils zwei Parlamentarier nach Strasbourg entsenden. Die für kleinere oder mittelgroße politische Kräfte abgegebenen Stimmen aber würden einfach unter den Tisch fallen. Die lästige Vertretung von „dissidenten“ politischen Kräften – die französischen Trotzkisten etwa konnten bei den EP-Wahlen 1999, mit 5,2 Prozent der Stimmen, fünf Abgeordnete ins EU-Parlament schicken – wäre damit weitgehend beendet. Ähnliches gilt aber auch für die KP, die Grünen, die rechten EU-Skeptiker oder die Christdemokraten. Seit dem Bekanntwerden der Reformpläne am 19. August liefen daher kleinere Parteien, zunächst die KP und die radikale Linke, gegen das Vorhaben Sturm.

Ein weiterer Aspekt, der auch die bürgerlichen EU-Kritiker stört, wäre dabei auch der Funktionswandel der Region im europäischen Rahmen. Denn jede Region hätte damit „ihre“ Vertreter direkt im EU-Parlament sitzen, während die Regionen gleichzeitig die Nettoempfänger der EU-Strukturfördermittel sind. Dadurch würde einem nackten Klientelismus und Ringen um EU-Subventionen Tür und Tor geöffnet. Zugleich würden auf übergreifender Ebene geführte politische Debatten, landesweit vermittelte politische Öffentlichkeit und großflächigere Solidaritäten ausgehebelt. Das alles passt übrigens gut zu den Plänen der Rechtsregierung, die im Herbst 2002 eine neue Regionalisierung des französischen politischen Lebens einleiten will. Unter anderem, um die sozialen Widerstandspotenziale gegen neoliberale ‚Reformen’ im Bildungs- oder Gesundheitssystem (die als Politikbereiche für die „Dezentralisierung“ vorgesehen sind) aufzusplittern, Solidaritäten aufzubrechen und die Debatte zu entpolitisieren. Zur gleichen Zeit sehen die Pläne der Regierung zur Wahlrechtsreform ja auch eine Aufwertung der regionalen Exekutive (siehe oben) vor. Das stört die rechtsnationalen EU-Gegner (wie de Villiers) vor allem deswegen, weil sie eine Abwertung des Nationalstaats zugunsten der EU und der Regionen befürchten. In dem Punkt folgen ihnen auch die Neofaschisten. Aber auch ohne diese Verteidigung des klassischen Nationalstaats zu den eigenen linken Anliegen zu zählen, kann man gleichzeitig das von liberal-konservativer Seite verfolgte Projekt (im Zusammenhang mit ihrer „marktnahen“ EU-Konzeption und der Regionalisierung im Geiste neoliberaler Subsidiaritäts-Ideologie) für bedenkens-, besser noch bekämpfenswert halten.

Und das vor allem, wenn es mit einem gesteuerten Konzentrationsprozess der politischen Kräfte auf die „linke Mitte“ und die „rechte Mitte“ einhergeht. Denn es ist offenkundig, was die neokonservative Regierung mit ihren Plänen zu Wahlrechtsänderungen hauptsächlich verfolgt. Das Vorhaben reiht sich in eine Kette mit vorangegangenen Reformen. Im Herbst 2000 wurde die französische Verfassung geändert, um die Amtszeit des Staatspräsidenten von 7 auf 5 Jahre zu verkürzen. Damit wurden die Amtsdauer von Präsident und Parlament miteinander gleichgestellt. Im März 2001 folgte die „Änderung des Wahlkalenders“: Die Präsidentschaftswahl 2002 wurde vor die Parlamentswahl gezogen, ansonsten hätte sie kurz nach ihr stattgefunden. Die Änderung wurde damals von Sozial- und Christdemokraten gemeinsam durchgesetzt. Das doppelte Vorhaben diente vor allem einem Zweck: Das politische System in Frankreich neu zu organisieren, und zwar in zwei großen Blöcken nahe an der politischen Mitte, die sich um die aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten – also jener der größten Parteien – herum bilden sollten. Die langfristig gehegte Absicht läuft darauf hinaus, das politische System rund um die politische Mitte (in zwei Blöcke) zu konzentrieren und weitgehend zu personalisieren, ähnlich wie in den USA.

Doch die Franzosen und Französinnen hatten am 21. April 2002 anders entschieden: Statt der beiden prädestinierten Präsidentschaftsbewerber von Mitte-Links und Mitte-Rechts, Chirac und Jospin, schickten sie den Rechtsextremisten Le Pen gegen den Amtsinhaber Chirac ins Rennen. Hauptursache dafür war allerdings weit eher das schlechte Abschneiden des Sozialdemokraten, als das gute Abschneiden des Neofaschisten. Aber man kann auch sagen, dass ein pervertierter Protest und eine unbewusst vor sich hingärende gesellschaftliche Unzufriedenheit, die auf keine progressive Veränderungsperspektive trifft, sich hier unkontrolliert Bahn gebrochen hat. Sucht die neokonservative Regierung weiterhin durch technische Manipulation am Wahlrecht, das politische System künftig verstärkt nach ihren Wünschen zurecht zu biegen, dann können ähnliche Ereignisse auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Denn die bereit gestellten technischen Lösungen für ein politisches Problem, wie etwa die Verschärfung des Mehrheitswahlrechts (durch Beschränken der Kandidaturen in der Stichwahl auf die beiden stimmenstärksten Kräfte), können theoretisch auch zugunsten rechtsextremer Bewerber wirken. Und das könnte irgendwann doch noch übel ins Auge gehen.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

## Repräsentativuntersuchung

Berlin. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat die Repräsentativuntersuchung 2001 über die Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Für die von MARPLAN (Offenbach) und polis (München) erstellte Studie wurden Ausländer aus den früheren vier Hauptanwerbeländern für Gastarbeiter (Türkei, Griechenland, Italien, ehemaliges Jugoslawien) befragt. Insgesamt repräsentieren diese Gruppen 56 % der ausländischen Wohnbevölkerung.

Die Repräsentativuntersuchung gibt Auskünfte über

* schulische und berufliche Situation
* Geld und Finanzen
* familiäre Situation
* Wohnverhältnisse
* Freizeitkontakte und Freizeitaktivitäten
* Mediennutzung
* Sprachkenntnisse
* Politische Interessenvertretung und Ansprechpartner
* Aufenthaltsdauer und Zukunftspläne
* Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit
* Situation einzelner Personengruppen (junge Ausländer, Ältere, Arbeitslose, nicht-erwerbstätige Frauen).

Die Repräsentativuntersuchung 2001 wurde nach demselben Muster wie die Vorgängerstudien (1980, 1985, 1995) durchgeführt. Es wurden im wesentlichen dieselben Fragen gestellt. Dadurch können die neuen Daten mit den älteren verglichen und Entwicklungen festgestellt werden.

Darüber hinaus beschäftigt sich ein Sonderteil der Studie – wie erstmals bereits 1995 – auch mit der Situation polnischer Werkvertragsarbeitnehmer, Gastarbeitnehmer und Saisonarbeiter.

*Das Gesamtergebnis der Repräsentativuntersuchung 2001 kann im Internet unter http://www.bma.bund.de/ (Themenschwerpunkte: Ausländerbeschäftigung/I ntegration) eingesehen werden. Außerdem kann eine inhaltsgleiche CD-ROM, Best.-Nr.: C 501 (kostenlos), schriftlich beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Publikationen, Postfach 500, 53105 Bonn oder per E-Mail über mailto:info@bma.bund.de angefordert werden.* ■

## Kein Tod durch Brechmittel?

Hamburg. Nicht der gewaltsame Brechmitteleinsatz, sondern eine Herzschwäche soll Schuld am Tod von Achidi J. gewesen sein. Weiter ermittelt wird nicht. Dafür lehnte es die Hamburger Staatsanwaltschaft ab, die Eltern von Achidi J. die Akten einsehen zu lassen, in denen steht, wie ihr Sohn am 12. Dezember 2001 ums Leben gekommen sein soll. Dieses Recht hätten sie nur in einem Ermittlungsverfahren in Anspruch nehmen können. Diese „Vorermittlungen“ sind nun abgeschlossen. Ergebnis negativ, die Akten sind endgültig geschlossen.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat mitgeteilt, nicht strafrechtlich gegen die Ärztin und die Polizeibeamten vorzugehen, die dem 19jährigen Achidi J. gewaltsam Brechmittel eingeflößt und dadurch seinen Tod verursacht hatten. Es war der erste tödliche Brechmitteleinsatz in der Bundesrepublik. *gamma news* ■




## Flüchtlings-Karawane

Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ hat am 17. August in Bremen begonnen und wird am Abend der Bundestagswahl, dem 21. September, in Berlin enden. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland soll versucht werden, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand zu geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Mehr Infos: http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/05/06/9932.html

Tourdaten: 18.8. Bramsche 19.8. Oldenburg 20.8. Hannover / Langenhagen 21.8. Bremen 22.8. Rotenburg 23.8. Hamburg 24.8. Hamburg 25.8. Münster 26.8. Münster 27.8. Iserlohn / Arnsberg 28.8. / 29.08. Frankfurt. Es folgen: Ingelheim 30.8. Düsseldorf 31.8. Köln 1.9. Köln / Stuttgart 2.9. Stuttgart 03.09. Tübingen 4.9. Augsburg 5.9. München 6.9. München 7.9. München 8.9. Nürnberg 909. Nürnberg 10.9. Weimar - Buchenwald / Jena 11.9. Gera-Markersdorf / Zwickau 1209. Weißenfels /Volksstedt 13.9. Halberstadt / Braunschweig 14.9. Magdeburg 15.9. Halle 16.9. Neubrandenburg 17.9. Berlin 18.9. Berlin 19.9. Berlin 20.9. Berlin 21. September Abschlussdemonstration.

*http://www.basicrights.de/caravan*

## „Sie sind da“

Jena/Bremen. Hunderte Flüchtlinge ziehen diesen Sommer kreuz und quer durch Deutschland. Am Samstag, den 17. August, setzte sich die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ in Bremen in Bewegung, um innerhalb eines Monats 30 Städte, von Hamburg über München bis Magdeburg zu besuchen. Sie macht auch in Weimar-Buchenwald, in Jena, Gera und Markersdorf Halt, und zieht am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, in Berlin ein.

Schon vor vier Jahren tourten Flüchtlinge unter dem Motto „Wir haben kein Stimmrecht, aber wir haben eine Stimme“ durch 44 Städte. Doch seitdem hat sich die Situation rasant verschlechtert. Flüchtlinge leben noch immer großteils in abgelegenen Lagern, am Stadtrand oder in Wäldern, mit Arbeitsverbot und Aufenthaltspflicht.

Reisen ist für sie bei Strafe verboten. Residenzpflicht heißt das Gesetz, welches die Flüchtlinge in ihre Landkreise bannt. Zuwiderhandlung wird mit hohen Geldstrafen, Zwangsarbeit oder gar Haft geahndet. Doch sie wollen sich das nicht mehr gefallen lassen. Die Jenaer Flüchtlingsgruppe „The Voice“ stellt klar: „Wir, die Flüchtlinge, tun uns zusammen, um uns gegen unsere Illegalität zu wehren.“

Die Flüchtlinge nehmen sich mit der Karawane ihr Recht auf Bewegungsfreiheit. Und die Karawane macht sich auf den Weg zu jenen, die eingeschüchtert daheim geblieben sind, in ihren Heimen und Lagern, um sie aus ihrer Isolation und Lethargie zu befreien. „Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Flüchtlingen zu stärken, Erfahrungen und Ideen auszutauschen, um die Isolation zu beenden“.

Aber nicht nur das Recht auf Bewegungsfreiheit steht im Mittelpunkt der

Karawane, sondern vor allem ihr Recht, hier zu bleiben. „Wir sind hier, weil ihr unser Land zerstört!“ haben sich die Flüchtlinge auf die Fahnen geschrieben. Sie wehren sich gegen Abschiebung und gegen die neuen Ausreisezentren, die das neue sogenannte „Zuwanderungsgesetz“ vorsieht.

*Osaren Igbinoba, The VOICE Refugee Forum* ■
*Jena, den 13. 8. 2002*
*The VOICE Refugee Forum*
*Schillergäßchen 5*
*07745 Jena*
*Tel.: 03641-665214, Fax. 03641-420270*

The VOICE Refugee Forum ist ein Netzwerk von selbstorganisierten Gruppen von Flüchtlingen und Menschenrechtsaktivisten in verschiedenen deutschen Städten. The VOICE ist außerdem eine der Koordinationsgruppen der Karawane-Tour in Ostdeutschland.

## Ärzte gegen Flugbegleitung bei Abschiebung

Northeim. Die Ärztekammer Niedersachsen hat sich einer Verfügung des Landkreises Northeim verweigert, die Abschiebung einer siebenköpfigen Familie in die Türkei ärztlich begleiten zu lassen. Die Standesorganisation der rund 3300 niedergelassenen Ärzte in Niedersachsen sehe bei einer ärztlich begleiteten Ausreise die Gefahr, dass „der Arztberuf zum Vollzugsinstrument eines zumindest zweifelhaften Abschiebeverfahrens“ werde, sagte am 15.8.02 ein Sprecher der Ärztekammer. Bei den Eltern der betroffenen Familie bestehe eine medizinisch nachgewiesene Reiseunfähigkeit. Unter anderem sei die Ehefrau suizidgefährdet. Die Familie, die nach eigenen Angaben aus dem Libanon kommt und vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland geflohen ist, lebt seit rund vierzehn Jahren im Landkreis Northeim. Von der Abschiebung sind der 44-jährige Vater, die 42-jährige Mutter sowie fünf Kinder im Alter zwischen 9 und 18 Jahren bedroht. Der Landkreis wirft der Familie vor, sich fälschlicherweise nicht als türkische Staatsbürger, sondern als staatenlose Libanesen ausgegeben zu haben. Damit hätten sie sich unzulässigerweise ein Bleiberecht in Deutschland verschafft und jahrelang zu Unrecht Sozialhilfe bezogen. Die Betroffenen selbst geben an, ihre Vorfahren seien von der Türkei aus in den Libanon emigriert. Nach Angaben des niedersächsischen Flüchtlingsrates verfügen die Betroffenen über keinerlei soziale Strukturen in der Türkei und sprechen auch kein Türkisch. Nach Angaben der Ärztekammer ist der Fall der Northeimer Familie offenbar die erste behördlich angeordnete ärztliche Begleitung einer zwangsweisen Ausreise aus Niedersachsen.

Die Standesvertretung stützt sich in ihrer Ablehnung einer solchen Begleitung auf einen Beschluss des Deutschen Ärztetages. Danach sei eine Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung oder zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätze nicht vereinbar. Northeims Landrat Wickmann sagte, die Behörde sei an gerichtliche Entscheidungen gebunden. Das Verwaltungsgericht habe keine Bedenken gegen eine Reisefähgkeit der Familie gehabt. Der geplante Abschiebungstermin sei allerdings nicht mehr akuell, vor Anfang September werde die Abschiebung nicht stattfinden. Rund 100 deutsche und nichtdeutsche Personen haben gegen die Abschiebung der Familie demonstriert. Bei einer Kundgebung forderten Redner ein Bleiberecht für die Familie. (Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 16.8/20.8.02)

In Niedersachsen gibt es seit langer Zeit Auseinandersetzungen zu Abschiebungen dieser Personengruppe. Davon sind mehrere Hundert Personen betroffen. *bee* ■

## Roma nicht abschieben!

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Proteste von Roma in Nordrhein-Westfalen gegen ihre Abschiebung in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens hat NRW-Innenminister Fritz Behrens erklärt, er sehe keine Notwendigkeit für einen Abschiebestopp. Dazu die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

„Ich hatte Minister Behrens bereits Mitte Juni aufgefordert, die Abschiebung von Roma aus Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Über einen Monat später bequemte sich der Minister schließlich zu einer Antwort: Die Situation in Jugoslawien sei doch gar nicht so schlecht. Dies belege ein Bericht des Auswärtigen Amtes. Wer dennoch in Gefahr sei, könne dies vor Gericht geltend machen. Im übrigen sei der Abschiebestopp keine Sache, über die NRW allein entscheiden könne.

Das Wegschieben der Verantwortung, das hier deutlich wird, habe ich in meiner Antwort an den Minister als kaum erträglich bezeichnet. Das Ausländergesetz weist nun einmal den Innenministern die Verantwortung dafür zu, dass Gruppen, die kollektiv einer Gefahr ausgesetzt sind, auch kollektiv durch einen Abschiebestopperlass geschützt werden. Der Einzelne hat da kaum eine Möglichkeit. In meinem Schreiben heißt es dann weiter: „Deshalb kommt es darauf an, dass Sie als Innenminister sorgfältig prüfen, ob in Fällen von Personengruppen die Lage in den Zielstaaten eine Abschiebung dorthin rechtfertigt. Wenn Sie meinen, dass eine eigenständige Regelung durch das Land Nordrhein-Westfalen auf Dauer nicht sinnvoll ist, dann steht es Ihnen doch frei, zunächst einmal einen auf sechs Monaten befristeten Abschiebungsstopp anzuordnen und sich in dieser Zeit für einen entsprechenden Beschluss der Innenministerkonferenz einzusetzen. ...

Ich hoffe, dass der Minister seine Entscheidung überdenkt und doch noch einen Abschiebestopp für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien anordnet.“

*Ulla Jelpke* ■

## Türkische Sprachschule beantragt Kurdisch-Kurse

Istanbul. Nach den jüngsten Reformen in der Türkei hat erstmals eine Fremdsprachenschule beim türkischen Bildungsministerium die Erteilung von kurdischen Sprachkursen beantragt. Die Kurse sollen in Istanbul, Ankara und Izmir angeboten werden, sagte der Gründer der Schule „English Fast“ Nazif Ülgen, am 6.8.02 in Istanbul. Die größte Schwierigkeit bestehe darin, geeignete Lehrer zu finden, da es in der Türkei keine Einrichtung gebe, die Kurdisch-Lehrer ausbilde.

Als Lehrer präsentierte der Schulleiter den Behörden einen Hochschulabsolventen aus Schweden, der an der Universität Upsala kurdische Literatur und Geschichte studiert hatte. Zumindest in der Anfangszeit rechne er mit einer starken Nachfrage, meinte Ülgen.

Nach Angaben des türkischen Bildungsministeriums dürften die ersten Kurdisch-Kurse in etwa drei Monaten angeboten werden. Die Zulassung von privaten Kursen in „anderen traditionellen Sprachen und Dialekten“ als dem Türkischen ist Teil eines weitreichenden Reformpaketes, das das türkische Parlament am 3. August mit Blick auf den angestrebten EU-Beitritt verabschiedet hatte. Nach der erfolgten Zulassung des kurdischsprachigen Rundfunks in der Türkei verbreitete die Deutsche Welle am 7. August erstmals einen Beitrag in kurdischer Sprache in ihrem Internet-Angebot. Darin begrüßte der türkische Autor Muhsin Kizilkaya die Entscheidung des türkischen Parlaments als eine „historische Wende“. Sie werde die Türkei statt zu spalten noch stärker einen, schreibt der Autor auf der türkischen Internetseite des deutschen Auslandssenders.

Aus der Sicht der Kurden beginne jetzt „eine große Prüfung“. Da sie vom türkischen Staat mangels fehlender Kurdisch-Lehrer nicht viel zu erwarten hätten, müssten sie „sofort die Ärmel aufkrempeln und sich von Neuem mit ihrer eigenen Sprache versöhnen“. Wenn sie diese Chance nicht nutzten, liefen sie Gefahr, ihre seit 1000 Jahren überlieferte Sprache doch noch zu verlieren.

*Quelle: dpa-Kulturpolitik, Nr. 33, 12.8.2- bee* ■

# Keine Rechten ins Parlament!

**VVN-BdA gegen Wahlverzicht und gegen die Wahl rechter Kandidaten**

**„Wählen gehen – und in keinem Fall für rechte Kandidaten und Parteien stimmen!“ lautet der Aufruf der VVN-BdA in einer Erklärung zur bevorstehenden Bundestagswahl, der als Flugblatt der VVN-BdA bundesweit verbreitet wird. Wer nicht zur Wahl gehe, überlasse anderen die Entscheidung über die Zusammensetzung des Parlaments. Wir dokumentieren den Text:**

**■ Ob NPD, DVU, PRO oder „Republikaner“ –**

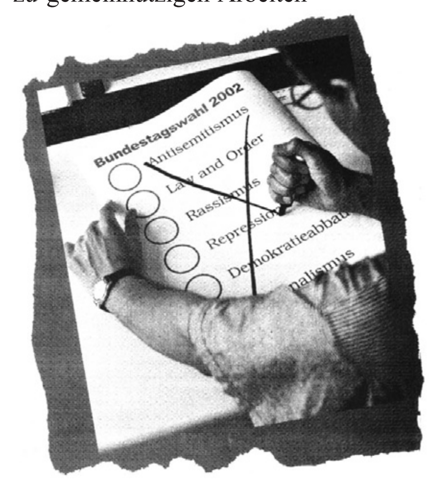
Neofaschisten und Rechtsradikale versuchen sich als die lnteressenvertreter der so genannten „kleinen Leute“ darzustellen. Mit Parolen wie „Gegen System und Kapital“ oder „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ täuschen sie vor, in Opposition zu den bestehenden Parteien zu stehen und Lösungen für die dringendsten sozialen Probleme unserer Gesellschaft zu haben.

**■ Doch was steckt wirklich dahinter?**

Schon die Nazis haben „Zinsknechtschaft“ und das „raffende Kapital“ für Übel in der Weimarer Republik verantwortlich gemacht. Gegen die deutsche Großindustrie haben sie jedoch nie etwas unternommen. Im Gegenteil: Durch das Führer- und Gefolgschaftsprinzip in den Betrieben, das Verbot der Gewerkschaften und Unterdrückung jeglicher Opposition schufen die Nazis optimale Ausbeutungsbedingungen für das deutsche Kapital. Und: Wer nicht parierte, hatte mit den schlimmsten Folgen zu rechnen! Es herrschten blanke Unterdrückung und Terror.

**■ Mit alten Rezepten die aktuellen Probleme lösen?**

Auch heute gehen die rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien diesen Weg: Die Gewerkschaften, als größte Gegenkraft gegen hemmungslosen Sozialabbau und unternehmerische Willkür am Arbeitsplatz, werden massiv angegriffen. Statt auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer sollen sie auf ein verschwommenes „Allgemeinwohl“ verpflichtet werden und den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit vernachlässigen. Dagegen haben alle neofaschistischen und rechten Parteien – egal ob NPD, DVU, REP, PRO oder wie sie auch heißen mögen – in ihren Programmen ein Bekenntnis zum „freien Unternehmertum“. Von den Rechten wird die Schuld für fast alle sozialen Probleme den Ausländerinnen und Ausländern zugeschoben. Sie sollen als Sündenböcke für alle gesellschaftlichen Probleme herhalten. Aber: Alle, die heute überlegen, rechte Parteien zu wählen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass morgen sie selbst von der Ausgrenzungspolitik der Rechten betroffen sein können: Von Arbeitslosen wird eine höhere Mobilität erwartet, die Zumutbarkeitsregeln sollen weiter herabgesetzt werden; Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen zu gemeinnützigen Arbeiten




zwangsverpflichtet werden und Frauen sollen weitgehend aus dem Erwerbsleben gedrängt werden.

Auch vor direkter Gewaltanwendung schrecken die Neofaschisten nicht zurück. Immer wieder sind Mitglieder und Funktionäre von neofaschistischen Parteien und Organisationen an Übergriffen und Anschlägen beteiligt. Die Opfer sind nie die Mächtigen, die Verantwortlichen für massiven Sozial- und Grundrechteabbau, sondern die Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft: Asylsuchende, Obdachlose, Behinderte, sozial Schwache und andere Minderheiten. Was heute ihnen droht, richtet sich morgen auch gegen alle anderen Menschen. Unsere Erfahrungen aus der Nazizeit belegen: Neofaschisten und Rechtsradikale sind die gewalttätigsten Unterdrücker von morgen.

Bei aller berechtigten Empörung über nicht eingehaltene Versprechen, ausgebliebene soziale Gerechtigkeit, Einschränkung demokratischer Rechte, verhängnisvoller Militarisierung und Kriegsbeteiligung, über neoliberale Privatisierung und damit verbunden Sozialabbau, nicht überwundene Massenarbeitslosigkeit: Wählen Sie nicht diejenigen, die mit rechtspopulistischen Sprüchen und mit Sündenbocktheorien von den wirklich Verantwortlichen ablenken und mit ihrer Politik alles noch viel schlimmer machen. Zum notwendigen Kurswechsel in der Politik haben Neofaschisten und Rechtspopulisten nichts beizutragen.

Im Gegenteil: Ein wichtiger Schritt zur Änderung und Verbesserung der Verhältnisse ist, dafür zu sorgen, dass sie aus dem Parlament und aus der Politik draußen bleiben!

**■ Wahlen allein garantieren jedoch noch keine bessere Politik.**

Dafür müssen wir uns in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Aktionen engagieren.

J6

JAber der Verzicht aufs Wählen bringt auch keine Verbesserung. Wer nicht zur Wahl geht, überlässt anderen, wenigen die Entscheidung. Diese bestimmen dann die Zusammensetzung des Parlaments. Sie bringen denen die Regierungsmehrheit, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger womöglich gar nicht will.

**■ Deshalb: Wählen gehen – und in keinem Fall für rechteKandidaten und Parteien stimmen!**

Wir wollen in Frieden und Freiheit leben, wollen soziale Gerechtigkeit, menschenwürdige Lebensverhältnisse und eine gesicherte Zukunft. Jede Art von Nazismus, Rassismus und Militarismus stehen dem entgegen, stellen unser Dasein und unsere Zukunft in Frage. Diese bittere Erfahrung haben Millionen Menschen mit Faschismus und Krieg machen müssen. Alles, was Nazismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus beinhaltet oder fördert, muss abgelehnt und überwunden werden.

Wer Neofaschismus, Rassismus und Militarisierung wirklich bekämpfen will,

- darf ihnen keine Nahrung geben, muss ihre Wurzeln beseitigen,
- muss Demokratie stärken und ausbauen, darf sie nicht einschränken,
- muss in allen Bereichen für die sozialen und politischen Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit wirken, Sozialabbau verhindern,
- muss Friedenspolitik und darf keine Kriegspolitik betreiben.

Hemmungsloser Neoliberalismus mit seinen asozialen Folgen vergrößert zugleich den Nährboden für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Sie stellen Ausländer und andere Minderheiten als die Sündenböcke hin. Aber auch demokratische Politiker versuchen mit solchen Touren Stimmen zu fangen. Es drohen Neuauflagen ausländerfeindlicher Stimmungsmache à la Roland Koch – ungeachtet der Aufforderung des Bundestages, „Wahlkämpfe nicht auf dem Rücken von Minderheiten bzw. Menschen anderer Herkunft zu führen“.

Das alles sollte bei der Wahlentscheidung beachtet werden.

**Grenzen auf für Deutschland?**



**Aktuelle Analysen zu Pan-Europa, Revanchismus, Ost-Expansion**



Kommission „Neofaschismus“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in NRW, Hartmut-Meyer-Archiv und Georg-Herde-Archiv

## Grenzen auf für Deutschland?

**Aktuelle Analysen zu Pan-Europa, Revanchismus und Ost-Expansion**
**Hrsg.: Kommission „Neofaschismus“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) NRW, Hartmut Meyer-und Georg Herde Archiv. 80 Seiten, 4 Euro +Porto, zu bestellen bei VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel./Fax 0202-450629,**
**ab 10 Ex. 3,50 + Porto**
**vvn-bdanrw@freenet.de, www.vvn-bda.de**

Der deutsche Revanchismus ist mehr als ein Relikt der Vergangenheit, er ist im Gegenteil aus dem Schattendasein des Patronats der Vertriebenverbände heraus- und in der Mitte der politischen Macht angekommen. Immer noch wird das Thema „Revanchismus“ gerne mit den deutschen „Vertriebenen“-Verbänden gleichgesetzt; diese wiederum gelten als „Ewig-Gestrige“, die einer antiquiert-völkischen Kultur anhängen und ihren vor einem halben Jahrhundert verlassenen Herkunftsgebieten („Heimat“) nachtrauern. Die sogenannte Kulturarbeit verniedlichte das politische Problem. Wer vermutet schon aggressive Absichten bei Trachtentänzen und ähnlicher Folklore. Intelligentere Vertreterinnen und Vertreter des deutschen Revanchismus haben derlei längst hinter sich gelassen und deutschen Revisionsansprüchen eine neue Gestalt gegeben: Volksgruppenrechte werden als allgemeine Menschenrechte ausgegeben, die nationale Ebene hinter der „europäischen“ versteckt.

Charakteristisch für den europäisch orientierten Revanchismus ist eine besondere Form von Grenzrevision: Grenzen zwischen Deutschland und den als „deutsch“ beanspruchten Territorien sollen nicht mehr militärisch beseitigt, sondern über die europäische Zusammenarbeit aufgehoben werden. Dies soll Deutschland einen weitreichenden Einfluss auf die jeweiligen Gebiete ermöglichen. Genauer soll es dem deutschen Kapital den widerspruchsfreien Zugriff auf Arbeitskräfte, Märkte und Rohstoffe sichern. „Grenzen auf für Deutschland“ lautet die Forderung, die der europäisch orientierte Revanchismus mit der europäischen Einigung verbindet.

„Grenzen auf für Deutschland?“ lautete der Titel eines Wochenendseminars der Herausgeber dieser Broschüre, das im Dezember 2001 stattfand. Die dort gehaltenen Referate sind – um einige Texte erweitert – in dieser Broschüre abgedruckt. Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Aspekten der Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft, freilich ohne den Anspruch zu erheben, dies auf knapp 80 Seiten umfassend tun zu können.

Spätestens mit dem Beginn des Jahres 2002 hat der europäisch orientierte Zweig des deutschen Revanchismus eine neue Qualität gefunden. Er ist von der rot-grünen Bundesregierung zu einem Teil ihrer Politik gemacht geworden. In der Debatte um die so genannten „Benes-Dekrete“ hat die deutsche Regierung Forderungen der „Vertriebenen“ - Verbände öffentlich übernommen, etwa die Forderung, die entsprechenden tschechischen Gesetzestexte müssten aufgehoben werden. Verknüpft wird diese Zumutung mit der Drohung, den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zu ver- oder behindern.

Auch eine andere Forderung der „Vertriebenen“ -Verbände – die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ – ist von der rot-grünen Bundesregierung übernommen worden. Noch kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag beschlossen, die Einrichtung eines „Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen“ voranzutreiben. Auch hier wird der deutsche Revanchismus auf die europäische Ebene gehoben. Diese Politik scheint hegemonial zu werden, da die Parteien nur noch darin wetteifern, wer ein größeres Zentrum an geeigneterer Stelle realisieren kann. Eine grundsätzliche Kritik an diesem Gegenentwurf zum Holocaust- Mahnmal ist kaum noch hörbar.

Diese neueste Entwicklung konnte in der vorliegenden Broschüre, deren Planung Anfang des Jahres weitgehend abgeschlossen war, nur unzureichend berücksichtigt werden. Insbesondere fehlen eine Darstellung der neuen Dynamik der Debatte um die so genannten „Benes- Dekrete“, eine Darstellung des geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen“ sowie eine Analyse einer besonderen Form der Ausweitung deutschen Machtstrebens, der „Euroregionen“. Die Auseinandersetzung mit diesen Teilen deutscher Hegemonialpolitik müssen wir an anderer Stelle führen. Auf die Literaturliste wird hier noch mal ausdrücklich verwiesen.

Die vorliegende Broschüre liefert jedoch den Hintergrund für die anstehenden Debatten. Sie beschreibt die deutsche „Volksgruppen“ - Politik, die ein zentrales Element des deutschen Revanchismus bildet; sie stellt das revanchistische Spektrum dar, auf das die deutschen Staatsapparate zurückgreifen müssen, wenn sie ihre offene Hegemonialpolitik fortsetzen wollen; und sie liefert Beispiele für konkrete Aktionen gegen den deutschen Revanchismus.

Wir haben versucht, für die notwenigen Auseinandersetzungen mit dem deutschen Hegemonialstreben in Europa Argumente zur Verfügung zu stellen. Wir wünschen uns Kritik und weiterführende Hinweise, aber auch, dass diese Veröffentlichung Anstöße für eine aktionsorientierte Auseinandersetzung mit den Trägern der friedensgefährdenden revanchistischen und nach Vorherrschaft strebenden Politik gibt.

*Die Herausgeber* ■

**Hier ein Überblick über den Inhalt:**

◗ Grenze als Raum. Grenzübergreifende Regionalpolitik der NSDAP am Beispiel des Städtedreiecks Aachen-Maastricht- Liege. Von *Thomas Müller*

◗ Die „Abteilung G“ - „Raumordnung“ im „Nordwestraum“ Deutsche „Volksgruppenpolitik“. Von *Holger Kuhr*

◗ Regieführung aus der zweiten Reihe. Das „europäische Kaliningrad-Projekt“ und die deutsche Realpolitik gegenüber der russischen Oblast. Von Holger Kuhr

◗ Die „Landsmannschaft Schlesien“ und das „Schlesiertreffen“ 2003 in Hannover. Von *Detlef von Busch*

◗ Die sogenannten Benes Dekrete-Mythen und Realität- ein Diskussionsbeitrag von *Emil Hruska*

◗ „Nach Ostland wollen wir reiten...“. Ein kurzer Einblick in das Spektrum der „Vertriebenenverbände“. Von *Jos Fritz*

◗ Die Paneuropa-Union. *Ernst Kovahl und Jörg Kronauer*

◗ Der Aachener Karlspreis. Von *Thomas Müller*

◗ Aktionsbeispiel für Gegenaktion in Düren. Von *Dominik Clemens*

◗ Die Agnes Miegel Straße – Hertener Aktionsbündnis gegen Faschismus und Rassismus ■

## Nato-Krieg im Gerichtssaal

Ein Lesebuch soll Wissen und Meinungen vermitteln. So auch das von Ralph Hartmann, einem der ehemaligen DDR-Botschafter in Jugoslawien. Der Titel: „Der Fall Milosevic“.

Der Autor behandelt in acht Kapiteln den Fall, nicht die Person Slobodan Milosevics, des ehemaligen frei gewählten und ebenso frei abgewählten Staatsoberhauptes Jugoslawiens vor den Schranken des sogenannten Haager Kriegsverbrechertribunals der UNO. Auf Geheiß der Nato – insbesondere der USA – wird nach dem 78tägigen Bombenkrieg der Nato gegen Jugoslawien hier im Gerichtssaal der Nato-Krieg mit pseudojuristischen Mitteln gegen Serbien fortgesetzt.

Ausführlich beschrieben wird die Verhaftung des ehemaligen Staatsoberhauptes Jugoslawiens in Belgrad durch die Beauftragten der Regierung Serbiens und ihres Premiers Zoran Djindjic. In diesem Zusammenhang ist das nationale und internationale Echo interessant zu lesen. Großen Raum widmet Hartmann dem Haager Tribunal, dem Auftrag, dem Aufbau und dem Mandat der Gerichtshöfe. Er schildert die verfassungswidrige Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal, seinen Aufenthalt in Schevringen und die Prozessvorbereitungen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Wortlaute der Erklärungen, Stellungnahmen und Verteidigungsplädoyers des Angeklagten, die in den ersten Prozesstagen über TV-Satellit in alle Ecken der Welt übertragen wurden, bis es der Chefanklägerin Carla del Ponte zu riskant wurde. Denn der Angeklagte wurde zum Ankläger gegen die Nato-Kriegsverbrechen in Jugoslawien. Viele bisher unzugängliche Hintergrundinformationen, ausgewählte Dokumente und Artikel von neutralen Justiz- und Völkerrechtsexperten erhellen den wahren Hintergrund der Umstände des Prozesses gegen Slobodan Milosevic.

Der Leser kann sich somit ein eigenes Bild über den Fall Milosevic und den Haager Prozess machen. Der Autor vertritt die Meinung, dass es im Haager Gerichtssaal nicht um eine Privatperson geht, zu der man stehen kann, wie man will und es für richtig hält, sondern um einen Fall von größter politischer Brisanz und Tragweite. Ein ungewöhnliches, aber notwendiges Buch, aufschlussreich und spannend.

*Franz-Karl Hitze* ■

**Ralph Hartmann: Der Fall Milosevic – ein Lesebuch. Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, br. 256 Seiten, 12,80 Euro**




## Es gibt eine neue „Zeitung gegen den Krieg“!

**Sofort bestellen, dann ist sie noch zum Antikriegstag bei Euch!**
**e-mail an: zgk@imi-online.de oder winfried.wolf@bundestag.de**
**Fax an: 030-227-76068**

Die 11. Ausgabe der „Zeitung gegen den Krieg“ wird ab dem 28. August in Vertrieb gehen. Folgende Themen sind in der „Zeitung gegen den Krieg“ u.a. drin:

- Bundesregierung & Bundeswehr und der kommende Krieg
- Öl-Interessen und der kommende Krieg gegen den Irak
- Kriegsvorbereitungen in den USA – verschiedene Aufmarschpläne. Neue strategische Planungen der US-Regierung
- Ein Jahr nach dem 11. September – eine Bilanz
- Afghanistan und die Folgen für die Unsicherheit in den USA und in der Bundesrepublik
- Der deutsche Weg – Begriff und Geschichte als Teil des deutschen Militarismus
- Bilanz der SPD-Grünen-Regierung 1998-2002 in Sachen „Krieg & Frieden“
- CDU-CSU-Konzeption der Außen- und Militärpolitik
- Lage in Israel und Palästina, Gespräch mit Kriegsdienstverweigerern

Autor/inn/en der neuen Ausgabe: Tariq Ali, Michael Haid, Claudia Haydt,^Ulla Jelpke, Mohssen Massarrat, Tobias Pflüger, Anne Rieger, Uli Sander, Eckhart Spoo, Jürgen Wagner, Winfried Wolf u.a.

Die Zeitung wird 12 Seiten umfassen. Der Abnahmepreis: 15 Cent je Ex. bei Bestellungen bis 100 Ex. + Porto, 15 Cent je Ex. bei Bestellungen bis 500 Ex., 12 Cent je Ex. bei Bestellungen ab 500 Ex. Spenden sind notwendig und willkommen!

*Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.. Tübingen*
*Winfried Wolf, MdB, Berlin / Mannheim, Fax: 030 - 227 - 76068 oder email: winfried.wolf@bundestag.de*
*Bestellzettel zum Download und Ausdrucken: http://imi-online.de/download/ZgK-Bestellzettel.rtf und http://www.imi-online.de/print.php3?id=178* ■

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

## Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

**Insgesamt sind bisher**

***983,–* Euro eingetroffen**

**(Stand 9. August 2002)**

**Vielen Dank! Leider ist damit bei weitem noch nicht das Spendenziel von 3000 Euro erreicht. Also, wenn nach dem Urlaub noch ein paar Euro übrig sind – jede kleine Spende zählt..**

**Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507**




## Prominente Interviewpartner

Junge Freiheit 33, 34 + 35 - 2002

Mit ganzseitigen Anzeigen in mehreren Ausgaben der ‚Jungen Freiheit' wirbt die Schill-Partei um Wählerstimmen und Mitglieder. Ulbricht, Kohl, Schröder, Fischer und der Baron von Münchhausen werden mit Zitaten bemüht, um die Schlussfolgerung zu ziehen: „Schluss mit dem Unsinn! Mit Sicherheit Schill!" – eine Gedankenkombination, deren Sinn sich eigentlich auch nicht so recht erschließen lässt.

Und noch ein zweiter treibt Wahlkampf: *Heinrich Lummer* (CDU) wirbt für eine Broschüre der Deutschen Konservativen e.V. „Müntefering. Die Spenden - Der Skandal - Der ‚SPD-General'", die kostenlos zu beziehen ist, und den Wahlkampf der SPD angeblich noch schwerer machen wird.

*Frank Philip* und *Jörg Fischer* befassen sich mit dem Treffen von Haider, Lega Nord und Vlaams Blok und kommen zu der Erkenntnis, dass eine rechte Internationale noch nicht in Sicht ist. *Andreas Mölzer*, Herausgeber der Wiener Wochenzeitung „Zur Zeit" hatte das Treffen organisiert und wird auch mit seiner Äußerung im „Standard" zitiert: „In Deutschland gibt es genug Obskuranten, mit denen man nichts zu tun haben sollte. Kleinparteien, wo die Hälfte der Führung aus V-Leuten des Verfassungsschutzes und die andere Hälfte aus halbseidenen Personen besteht".

Laut JF schlug FPÖ-Generalsekretär Peter Sichrovsky schon vor ein paar Monaten eine europaweite „Liste Jörg Haider" vor, „denn mit Haider als Chef einer rechtspopulistischen Fraktion im Straßburger Parlament nach den Europawahlen 2004 könnten die europäischen Rechtsparteien von zunehmender EU-Verdrossenheit profitieren". Zur Zeit sind 32 rechts einzuordnende Abgeordnete im EU-Parlament fraktionslos. Dazu zählen z.B. die Abgeordneten des Front National, die französischen Monarchisten, der Vlaams Blok, die Lega Nord und die FPÖ-Abgeordneten.

In JF Nr. 34 ist *Heinrich Oberreuter*, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts Interview-Partner des Blattes. Auch wenn er sich nicht festlegen lässt, das angestrebte NPD-Verbot als falsch zu bezeichnen, bleibt die Frage, weshalb er sich überhaupt für das Blatt interviewen lässt. Wahrscheinlich wegen dieser Ansicht: „Oberreuter: Die Lehre, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, heißt eben Zivilcourage zu zeigen und nicht, sich der zeitgeistkonformen political correctness zu befleißigen. Die größte Gefahr für die Demokratie ist es, ihre Grundlage zu vergessen, nämlich den Pluralismus der Meinungen und Organisationen. Deshalb stellt die political correctness auch eine so große Gefahr dar, ebenso wie das allzu leichtfertige Operieren im verfassungsrechtlichen Grenzbereich. Und nicht jeder, der eine andere Meinung hat als wir selbst, sollte gleich über den Rand der Verfassung gedrängt werden." Ärgerlich, dass den Machern des Blattes immer wieder solche Steilvorlagen geliefert werden, mit denen sie aus der rechten Ecke herausgeholt werden und auf die sie sich beziehen können.

Das passiert dann in Nr. 35 gleich noch einmal. Diesmal ist Interviewpartner der Filmtheoretiker *Hilmar Hoffmann*, von 1970 bis 1990 Kulturdezernent der Stadt Frankfurt und von 1993 bis Anfang 2002 Präsident des Goethe-Instituts. Er lässt sich anlässlich des 100. Geburtstags von Leni Riefenstahl befragen, weist allerdings alle Versuche, ihn auf eine positive Stellungnahme zu Riefenstahl festzunageln, zurück.

Gefragt nach seiner Zeit als Professor in Te Aviv, wo er seinen Studenten Riefenstahl-Filme vorführte, kontert er: „Ja und meine Studenten haben sie dialektisch beurteilt: Zum einen wurde die brillante Ästhetik der Filme gelobt, zum anderen aber ihre Zwecke problematisiert. Fazit: Hätte Riefenstahls Werk einen humanen Zweck gedient, hätten die Studenten ihre Werke als geniales Kunstwerk betrachtet." Einem solchen Zweck hat es aber eben nicht gedient, wie die jüngste Auseinandersetzung zwischen Roma-Überlebenden und Leni Riefenstahl erst wieder gezeigt hat. Ihre Behauptung, alle von ihr als Statisten eingesetzten Roma-Zwangsarbeiter hätten den Nationalsozialismus unbeschadet überstanden, musste sie zurücknehmen.

## „Republikanischer Ruck"

„Der Republikaner" erscheint als Wahlkampfausgabe: „An alle Haushalte mit Tagespost". Wieweit das Blatt tatsächlich flächendeckend in den Briefkästen landet, wird nicht festzustellen sein. Das wäre ein enormer finanzieller Einsatz, der bei dem Zustand der Partei eher überraschen würde.

„Protest wählen", „Korruptionsparteien? Nein danke?" sind die alt bekannten Hauptparolen, auch auf den Plakaten wenig Neues: „Das Boot ist voll", Bildung fördern statt Zuwanderung", „Rückführung statt Zuwanderung" und „Der Teuro muss weg". Durch Deutschland müsse ein „republikanischer Ruck" gehen, heißt es in Anlehnung an den ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, damit Politik wieder „dem deutschen Volke" dient, wie es auf dem Reichstag geschrieben stehe.

Der Vorsitzende Rolf Schlierer wird in den nächsten Wochen auf Tour geschickt: Groß angekündigt wird der 6. September um 16 Uhr auf dem Alexanderplatz, um 18 Uhr auf dem Breitscheidplatz, sowie der 13.9. in Frankfurt/M., 17 Uhr im Römer, außerdem: 28.8. Steinbrünning, 30.8. Rosenheim, 1.9. Mainz-Kastel, 7.9. Hannover, 11.9. Augsburg, 18.9. Saarbrücken, 20.9. Bietigheim.

*u.b.* ■